

# 86. Sitzung

am Dienstag, dem 15. Juli 1997, 15.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches .....	6188	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Alois Glück, Dodell, Aigner u.a. u. Frakt. (CSU)	
Geburtstagswünsche für Abg. <b>Miller</b> .....	6188	<b>Ausbildungsjahr 1997 vorbereiten - Förderung benachteiligter Jugendlicher weiter gewährleisten</b> (Drs. 13/8484)	
<b>Aktuelle Stunde</b> gemäß § 75 GeschO auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Renate Schmidt, Werner-Muggendorfer, Radermacher u. Frakt. (SPD)	
<b>Auch in Bayern gilt: Europa durch den Euro nicht spalten!</b>		<b>Ausbildungssituation 1997/98 Gesamtprogramm für benachteiligte Jugendliche</b> (Drs. 13/8490)	
Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	6188	Beschlußempfehlungen des Wirtschaftsausschusses (Drs. 13/8582,13/8583)	
Dr. Matschl (OSU).....	6190	Pschierer (CSU).....	6209
Dr. Heinz Köhler (SPD).....	6191	Frau Werner-Muggendorfer (SPD) .....	6210
Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser .....	6193	Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .....	6212
Dr. Bernhard (CSU).....	6195	Beschluß .....	6213
Starzmann (SPD).....	6196	<b>Antrag</b> des Abg. Prof. Dr. Gantzer u.a. (SPD)	
Frau Schweder (CSU).....	6196	<b>Gesetzentwurf zur Regelung Privater Sicherheitsdienste</b> (Drs. 13/7729)	
Mehrlich (SPD).....	6197	<b>Antrag</b> des Abg. Prof. Dr. Gantzer u.a. (SPD)	
Lode(CSU) .....	6198	<b>Private Sicherheitsdienste: Übernahme und Vollzug der Eurorichtlinie 9001</b> (Drs. 13/7879)	
Straßer (SPD) .....	6199	<b>Antrag</b> der Abg. Dr. Kempfler, Dr. Weiß, Hölzl u.a. (CSU)	
Dinglreiter (CSU).....	6200	<b>Sicherung der Zuverlässigkeit und Sachkunde im Bewachungsgewerbe</b> (Drs. 13/6802)	
<b>Gesetzentwurf</b> der Abg. Münzel, Dr. Fleischer, Schammann u.a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Beschlußempfehlungen des Innenausschusses (Drs. 13/8412,13/8414, 13/8402)	
zur <b>Kennzeichnung gentechnisch nicht veränderter Lebensmittel aus Bayern</b> (Drs. 13/7430)		Prof. Dr. Gantzer (SPD).....	6213
- Zweite Lesung -		Hölzl (CSU).....	6214
Beschlußempfehlung des Landwirtschaftsausschusses (Drs. 13/8475)		Dr. Fleischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).....	6215
Schammann (BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN) .....	6201,6207	Schluß der Sitzung .....	6216
Starzmann (SPD).....	6203, 6207		
Dr. Gröber (CSU).....	6205		
Namentliche Abstimmung.....	6208, 6213, 6217		
Mandatsverzicht des Abg. <b>Kamm</b>			
Beschluß.....	6209		

(Beginn: 15.06 Uhr)

**Präsident Böhm:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 86. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahme-genehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, erteilt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich nachträglich einen Glückwunsch aussprechen. Am 12. Juli vollendete Herr Kollege Josef Miller sein 50. Lebensjahr. Im Namen des Hohen Hauses und persönlich gratuliere ich dem Kollegen sehr herzlich und wünsche ihm weiterhin viel Kraft und Erfolg bei der Wahrnehmung seiner parlamentarischen Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Nun rufe ich auf:

### Tagesordnungspunkt 1

#### Aktuelle Stunde

#### zu der Frage (§ 75 Abs. 1 GeschO)

**„Auch in Bayern gilt: Europa durch den Euro nicht spalten!“**

Für die heutige Aktuelle Stunde war die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorschlagsberechtigt; sie hat das aufgerufene Thema beantragt.

Die einzelnen Redner dürfen grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion kann einer ihrer Redner zehn Minuten sprechen. Die Zeit wird auf die Gesamtredzeit der jeweiligen Fraktion angerechnet. Wenn ein Mitglied der Staatsregierung kraft seines Amtes das Wort nimmt, wird die Zeit seiner Rede nicht mitgerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für länger als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder die Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zeit der Dauer der Aussprache zu sprechen. Ich bitte Sie, auf mein Signal zu achten.

Erster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Runge. Bitte, Herr Kollege Dr. Runge.

**Dr. Runge** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zugegebenermaßen wurde das Thema der Aktuellen Stunde „Europa durch den Euro nicht spalten“ von uns etwas kryptisch formuliert. Ich denke aber, ich Sorge gleich für Aufklärung.

Selbstverständlich geht es uns um die Europäische Union. Wir wollen keine Spaltung zwischen „Ins“ und „Outs“ bzw. - vornehm gesagt - „Pre-Ins“. Wir wollen keine Ausgrenzung von einzelnen südlichen Ländern. Genauso wenig wollen wir eine Spaltung der Bevölkerung. Tatsächlich werden mit der derzeit verkürzt geführten Diskussion bei den Bürgerinnen und Bürgern große Aversionen gegen Europa geweckt.

(Zustimmung beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Thema der Aktuellen Stunde könnte in der Langfassung auch lauten: „Euro-Einführung 1999 ohne weiteren Sozialabbau, ohne kreative Haushaltsführung und mit möglichst breiter Beteiligung oder aber Verschiebung mit klarem Zeitplan, Bedingungen nicht nur monetärer Art und Transparenz für Bürgerinnen und Bürger“.

Wir bezwecken mit dieser Aktuellen Stunde keine Generalabrechnung mit der Politik in München oder Bonn mit anschließender Revanche, wie wir es bei den Aktuellen Stunden immer wieder erleben können. Wir wollen vielmehr den Wunsch - mahnen dürfen wir Sie nicht - an Sie richten, in der Sommerpause oder später keine Tragikomödie mit möglicherweise unerwünschten Auswirkungen zu inszenieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen, daß das Projekt „Wirtschafts- und Währungsunion“ nicht weiter zerredet wird und damit das gesamte Projekt „Europa“ großen Schaden nimmt. Eine kritische Diskussion über den richtigen Weg zur Integration und über das gewünschte Ausmaß der Integration ist sicher berechtigt und sinnvoll, aber nicht die zur Zeit sehr einseitig geführte Diskussion, in der Europa immer mehr zum Sündenbock gemacht wird.

Das heißt, wir brauchen endlich die Schaffung klarer Geschäftsgrundlagen. Die eine Möglichkeit ist, man versucht, die Währungsunion jetzt ernsthaft durchzuziehen, ohne die Bürgerinnen und Bürger weiter zu verunsichern und das Ausland zu verärgern. Das bedeutet aber auch, klar zu sagen, wie die Ausnahmeregelungen für die im Protokoll genannten Referenzwerte für das Konvergenzkriterium „stabilitätsorientierte Haushaltsführung“ zu interpretieren sind. Die andere Möglichkeit ist, man verschiebt die Währungsunion.

In der Kürze der Zeit möchte ich auf drei Argumentationslinien, zum Teil auch Forderungen, eingehen. Erstens. Die Landtagsfraktion des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN hält die Einführung des Euro nach dem Fahrplan von Maastricht nicht für den idealen Weg. Wir sehen auch die Möglichkeit und die Sinnhaftigkeit einer Verschiebung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Wir fordern im Bemühen zur Erreichung der Konvergenzkriterien, keinen weiteren Sozialabbau und keine Haushaltstricks in Deutschland zuzulassen und dem Ausland abzunötigen.

Drittens. Wir wünschen uns endlich eine bessere Information und eine bessere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, eine offensive Auseinandersetzung mit dem Gesamtthema Europa. Wir fordern dazu auf, auf bewußte wie unbewußte, offene wie subtile Stimmungsmache gegen Europa zu verzichten bzw. eine solche nicht zuzulassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum ersten Punkt. Bei den GRÜNEN, ob man die Bundestagsfraktion, die bayerische Landtagsfraktion, die Fraktion im Europäischen Parlament oder den Bundesvorstand betrachtet, gibt es großen Konsens darüber, daß der Euro nach Fahrplan und zu Bedingungen von Maastricht nicht ideal ist. Unterschiedliche Auffassungen bestehen allerdings in der Frage, ob man am Fahrplan noch etwas ändern kann und ändern soll, ob die Weichen vor der Einführung der Einheitswährung noch in eine andere Richtung zu stellen sind oder eben erst hinterher. Wir gehen im Herbst bundes- und landesweit zur Entscheidungsfindung - zugegebenermaßen etwas spät. Wir können aber versprechen, weitaus breiter und auch tiefer zu diskutieren, als dies bisher andernorts meist passiert.

Zum wiederholten Male und deswegen auch nur sehrursorisch die Kritikpunkte zu Maastricht: Erstens. Mangel an Transparenz, an Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Zweitens. Eine Kernunion mit dem Wechselkursmechanismus II, der neu ist, droht; noch schwierigere Integrationsmöglichkeiten der außen vor Gebliebenen. Drittens. Es ist eben keine Wirtschaftsunion, das heißt, Steuerungsmöglichkeiten über Geldmenge, über Zins, über Wechselkurse fallen weg, das andere wirtschaftspolitische Instrumentarium bleibt aber rein im nationalen Belieben. Angesichts der großen realwirtschaftlichen Disparitäten auf eine Gleichrichtung der Wirtschaftspolitik zu hoffen, ist unserer Meinung nach illusorisch.

Im Gegenteil, wir glauben, daß bei den gegebenen Produktivitäts- und Rentabilitätsunterschieden Umwelt-, Lohn- und Sozialdumping drohen, daß die Schaffung noch größerer Steueroasen droht, oder aber - das ist die andere Alternative - daß man einen ganz gewaltigen Finanzausgleich durchführt, so wie wir ihn jetzt innerhalb Deutschlands haben. Zur Erinnerung: Mecklenburg-Vorpommern oder Thüringen hängen in Höhe von neun Prozent ihres Inlandsproduktes am Ausgleichstropf. Das sind Zahlen, die wir in Europa bei weitem nicht erreichen. Das würde aber bedeuten, daß wir weitaus mehr als die jetzt 0,5% unserer Wirtschaftsleistung netto an andere europäische Länder abgeben. Die Summe von 750 Milliarden DM innerhalb der nächsten zehn Jahre, die hier genannt wurde, ist durchaus realistisch.

Die ökonomischen Vorteile der Währungsunion werden unserer Meinung nach öfter übertrieben; auf negative Einwirkungen wird wenig eingegangen. Insgesamt muß man eher sagen, der Euro ist eher ein politisches Projekt, wobei man dann die Reihenfolge hinterfragen sollte: Gelangen wir erst zu einem, wie wir immer sagen, ökologisch-sozialen Europa auf der Basis von Demokratie und Menschenrechten und führen dann die Einheitswährung ein, oder ist die umgekehrte Vorgehensweise der bessere Weg? Der Verlauf und die Ergebnisse der Regierungskonferenz in Amsterdam machen uns keine große Hoffnung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum zweiten Punkt, zur zweiten Forderung. Den einseitigen Sozialabbau, wie er zur Zeit in Bonn betrieben wird, halten wir für schädlich und für schändlich,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zumal wenn das Ganze unter dem Deckmäntelchen Euro betrieben wird, weil so noch mehr Aversionen gegen Europa geschaffen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Tricksereien gerade des vollmundigen Lehrmeisters Deutschland laden zum Mitmachen ein und untergraben das Vertrauen in die neue Währung, was dann wiederum höhere Zinsen mit all den negativen Folgen bedeutet.

Damit sind wir beim viel bemühten Kriterium stabilitätsorientierte Haushaltsführung mit den zwei hinlänglich bekannten Beurteilungsgrößen Nettoneuverschuldung und Gesamtverschuldung der öffentlichen Hand angelangt. Für diese gibt es die Referenzwerte. Ich greife jetzt einmal das Jahresdefizit heraus. Hierzu muß man ganz klar sagen: Die Diskussion, die hierüber geführt wird, ist sehr verkürzt und teilweise auch eine Scheindiskussion. Explizit im EG-Vertrag und nicht nur im Protokoll werden Ausnahmen genannt. Diese Ausnahmenregelung ist jetzt zu interpretieren und auch öffentlich zu diskutieren. Was bedeutet es denn genau, wenn es heißt, das Defizit ist erheblich und laufend in die Nähe des Referenzwertes zurückgegangen, die Gesamtverschuldung ist hinreichend rückläufig?

Spannend, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wird es, wenn wir uns das Ganze einmal auf der Zeitschiene genauer ansehen. Der negative Finanzierungssaldo des öffentlichen Sektors geht für Deutschland von 1996 bis 1997 möglicherweise von 3,5% des Inlandsproduktes auf 3% zurück. Betrachten wir aber den Zeitraum 1994 bis 1997, so hatten wir einmal 2,6%, während wir 1997 möglicherweise 3,2% haben. Man muß daher ganz klar konstatieren, daß andere Länder wie Frankreich weitaus besser dastehen; dort sind kontinuierliche Verbesserungen zu verzeichnen.

Haushaltskonsolidierung ist sicher begrüßenswert, nicht nur im Hinblick auf künftige Haushalte, sondern auch schon aufgrund der sozialen Komponente, da schon heute in erster Linie die kleinen Leute die Zinsen für die öffentliche Verschuldung zahlen. Man muß aber ganz klar sagen: In allererster Linie sind Haushaltsumschiebungen angesagt. Stabilität ist in Europa heutzutage ganz sicher nicht das Hauptproblem. Es ist auch ganz interessant, sich einmal den Zusammenhang zwischen den Referenzwerten und der Geldwertstabilität anzuschauen. In Deutschland haben wir eine so hohe Verschuldung wie noch nie; gleichzeitig ist die Inflationsrate so gering wie seit 1953 nicht mehr.

Zum letzten Punkt, der fehlenden Aufklärung. - Vielleicht komme ich heute noch einmal zum Reden; der Herr Präsident signalisiert mir schon das Ende. Erlauben Sie mir noch zwei Schlußworte. Was die Euro-Diskussion angeht, kommt von mir die Aufforderung - das gilt auch für

uns selber -, die Kirche im Dorf zu lassen. Kommt der Euro jetzt nicht gleich, dann haben wir keinen Rückfall in Kleinstaaterei. Eine Verschiebung muß auch nicht eine Verschiebung auf den Nimmerleinstag sein. Der Run auf die D-Mark kommt vielleicht dann, wenn die Absage schlagartig erfolgt, wobei ein solcher Run angesichts unserer wirtschaftlichen Zahlen schon fraglich ist. Kommt der Euro gleich, dann heißt das nicht: Der Kleinsparer verliert viel Geld; der Euro wird auch nicht weitaus weicher als die D-Mark.

Auf jeden Fall muß Schluß sein mit der Zerrederei des Euros, mit der Zerrederei von Europa insgesamt. Vor allem ist es Aufgabe der Regierung und der Regierungspartei, für Klarheit zu sorgen.

**Präsident Böhm:** Herr Dr. Runge, jetzt bitte ich Sie aber doch, zum Ende zu kommen.

**Dr. Runge** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Angesagt ist eine weniger einseitige, eindimensionale Diskussion. Vielmehr ist eine Offensive für Europa angesagt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Böhm:** Als nächster hat Herr Kollege Dr. Matschl das Wort. Sie haben zehn Minuten Redezeit.

**Dr. Matschl** (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Euro darf Europa nicht spalten; nein, das soll er nicht. Er soll vereinen und zusammenführen. Eine gemeinsame Währung für Europa soll den Zusammenhalt seiner Völker stärken. Das ist und bleibt ein hohes Ziel. Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn die gemeinsame Währung eine stabile Währung ist.

(Coqui (SPD): Nicht so weich wie die D-Mark!)

Eine weiche Währung ist diejenige, deren Geldmenge schneller wächst als die Gütermenge. Eine solche Währung wird früher oder später mit Geldentwertung bezahlt.

(Zuruf von der SPD: Die haben wir doch schon!)

Niemand weiß das besser als das deutsche Volk. Eine solche Währung brauchen wir nicht, auch wenn sie eine europäische ist. Nur eine Währung, die stabil ist, kann unsere Zustimmung finden.

Ob die Währung stabil sein wird, hängt davon ab, wie ihren Bedrohungen begegnet werden kann. Was sind das für Bedrohungen? Es sind die folgenden:

Zunächst ist der Euro eine Währung ohne Staat und ohne einheitliche Finanz- und Haushaltspolitik der Teilnehmerstaaten. Eine einheitliche Finanzpolitik ist zwar gewünscht, sie ist aber nicht gewährleistet.

Nachdem es die Ankerwährung „Deutsche Mark“ nicht mehr geben wird, braucht niemand mehr den Makel der

Abwertung gegenüber dieser Valuta zu befürchten, was bisher der Fall war.

Ferner kann ein Teilnehmerstaat seinen Haushalt künftig nicht mehr durch Geldschöpfung, also mittels Notenpresse ausgleichen, was in Deutschland schon bisher nicht möglich war. Das wird dazu führen, daß der Ausgleich über eine höhere Verschuldung gesucht wird.

Eine hohe Staatsverschuldung nötigt ein Land zu hohen Zinsen. Da es bei einer einheitlichen Währung kein Wechselkursrisiko mehr geben wird, wird das Anlagekapital in das Land fließen, wo die höchsten Zinsen bezahlt werden. Andere Länder werden, um der Auszehrung ihrer Kapitalmärkte entgegenzuwirken, gezwungen sein, diesen Zinswettbewerb nach oben mitzumachen.

Und wer zahlt dann? Meine Damen und Herren, das deutsche Volk weiß es. Lesen Sie bitte, was Josef Joffe dazu in der heutigen Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ schreibt.

Sehr wohl haben die Mitgliedstaaten die Bedrohung der vorgenannten Art erkannt, und sie haben sich darauf geeinigt, ihre bisher unterschiedlichen Haushalts- und Finanzpolitiken in Richtung Stabilität zu konvergieren. Die Ausrichtung auf Stabilität soll anhand von Konvergenzkriterien beurteilt werden. Die Kriterien sind nicht die Stabilität selbst, aber sie sind Merkmale der Stabilität. In Maastricht haben sich die Mitgliedstaaten darauf verständigt, welche Merkmale sie für maßgeblich halten, und sie haben sie im Vertrag festgelegt. Daran sind die Mitgliedstaaten gebunden.

Nach dem Vertrag von Maastricht haben die Mitgliedstaaten übermäßige öffentliche Defizite zu vermeiden. Die Kommission wacht darüber. Insbesondere mißt sie die Einhaltung der Haushaltsdisziplin daran, ob das Verhältnis des geplanten öffentlichen oder tatsächlichen Defizits zum Bruttoinlandsprodukt den Referenzwert von 3% überschreitet. Derselbe Maßstab gilt auch für den öffentlichen Schuldenstand. Eine Überschreitung der Neuverschuldung und des öffentlichen Schuldenstandes ist nur zulässig, wenn beide Werte „erheblich und laufend zurückgegangen“ oder „hinreichend rückläufig“ sind und einen Wert in der Nähe des Referenzwertes erreicht haben oder sich ihm „rasch genug“ nähern. Das ist der Wortlaut des Artikels 104 c Absatz 2 des Vertrages von Maastricht.

Aus der Systematik und dem Wortlaut des Vertrages folgt, daß der Referenzwert eine Obergrenze ist. Eine Grenze wird aber an der Grenzlinie überschritten und nicht in ungefährer Nähe derselben. Deshalb sind 3% nicht irgendein Wert in der Nähe von 3%, sondern 3,0%. Ich will hier keinen Zweifel aufkommen lassen. 3% Neuverschuldung sind die Obergrenze. Die Formel 3,0% ist das arithmetische Kürzel für strikte Observanz der Kriterien. Wer 3,0 sagt, der sagt, meint und will, daß das Kriterium der Neuverschuldung - wie übrigens alle anderen Kriterien auch - strikt eingehalten wird und nicht nur ungefähr befolgt werden muß. Wer hiervon abweicht, entfernt sich vom Vertrag.

Staatspräsident Chirac hat neuerdings der in seinem Land häufig geäußerten Vorstellung widersprochen, die 3-%-Grenze sei „ein Mythos“. Er sagt, nein, die 3-%-Grenze sei ein akzeptabler und vernünftiger Wert.

Meine Damen und Herren, in die dritte und letzte Stufe der Währungsunion kann nur eintreten, wer die Einhaltung der Kriterien auch für die Zukunft erwarten läßt. Die verlässliche Observanz einer Politik der Stabilität ist die unerläßliche Voraussetzung für die Zukunft der Währungsunion. Fehlt diese verlässliche Observanz, wird die Währungsunion an ihren Widersprüchen scheitern. Das ungeschriebene und zugleich wichtigste Kriterium der Konvergenz ist deren Dauerhaftigkeit.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Ist der Euro stabil, wird Europa prosperieren. Ist er es aber nicht, wird Europa verelenden, und dann wird Europa wirklich gespalten sein. Wenn die Beschwörung: „Der Euro muß kommen“, gleichbedeutend ist mit dem Ruf: „Die D-Mark muß weg“, wer das meint, kann unsere Zustimmung nicht finden.

(Dr. Albert Schmid (SPD) (Regensburg): Wer sagt denn das? - Kolo (SPD): Heißt der zufällig Matschl?)

Wer den Euro schaffen will, nur um die D-Mark abzuschaffen, hat nicht das Wohl der Bürger im Auge.

(Franz (SPD): Das ist doch Geisterbeschwörung!)

Hier hat Kollege Kronawitter - selten genug - zwischen durch einmal recht, siehe die „tz“ vom heutigen Tage. Wer den Euro wählt, muß ihn als stabilen Euro wollen. Nicht die Reichen in Europa werden bezahlen. Die große Zahl derer, die nicht reich sind, werden einen schwachen und weichen Euro bezahlen. Dazu sollten wir unsere Hand nicht reichen.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Böhm:** Als nächster hat Herr Kollege Dr. Köhler das Wort.

**Dr. Heinz Köhler (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Dr. Runge, ich hatte am Anfang wirklich große Schwierigkeiten, nachzuvollziehen, was der Titel „Der Euro darf Europa nicht spalten“ in Bayern bedeuten soll. Ich bin aus Ihrer Rede auch nicht klüger geworden, aber Sie werden sicher zugeben, daß dies auch damit zusammenhängt, daß es in Ihrer eigenen Fraktion, in Ihrem Landesverband und auch bei Ihren Bundespolitikern sehr unterschiedliche und vielfältige Meinungen über den Euro gibt. Deswegen hatten Sie wohl diesen kryptischen Titel gewählt.

(Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch bei euch genauso!)

Als Botschaft ist mir nur klargeworden, daß Sie die Verschiebung des Euro wollen. Und damit stehen Sie im kla-

ren Widerspruch zu Joschka Fischer, der sagt: Wenn der Euro verschoben wird, dann ist er tot. - Das nur zur Information.

Die heutige Europa-Diskussion wie auch die Diskussion der letzten Jahre in der Öffentlichkeit sind rational fast nicht mehr nachzuvollziehen. Selbst wer sich intensiv damit beschäftigt, hat kaum die Möglichkeit, Klarheit zu bekommen. Da werden Vorwürfe erhoben, da werden Unterstellungen gemacht, da werden Falschbehauptungen aufgestellt, da werden Argumente für und gegen gebracht - obwohl sie schon lange abgehakt sind -, und da wird über einen Euro ohne Frankreich schwadroniert. Herr Staatsminister, vielleicht hätten Sie doch länger Europaminister bleiben sollen, bevor Sie solchen Unsinn erzählen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles führt in der Politik nicht weiter. Entscheidend ist, daß wir - das möchte ich ganz besonders herausstellen - mehr für die Information und die Aufklärung der Bevölkerung tun müssen. Wer die europäische Währung wirklich will, muß dafür sorgen, daß die Bevölkerung informiert wird. Ich sage Ihnen: Wenn wir es nicht schaffen, Akzeptanz und Glaubwürdigkeit für die europäische Währung zu bekommen, und die Menschen nicht überzeugen, werden wir in der Politik einen großen Glaubwürdigkeitsverlust erreichen und die neue europäische Währung mit einer schweren Hypothek belasten.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich kommt es auf die Finanzmärkte und vieles andere an. Ich wiederhole: Das Entscheidende für uns muß sein, die Akzeptanz der Bevölkerung zu erreichen. Ich meine, wir müssen sagen, was Sache ist. Ich bin deshalb Herrn Kollegen Kronawitter sehr sehr dankbar, daß er in der heutigen Kolumne der „tz“ das angesprochen hat, worauf es ankommt. Ich kann allen Kolleginnen und Kollegen nur raten, das nachzulesen, weil es Herr Kronawitter in hervorragender Weise auf den Punkt gebracht hat: Wir, die Politiker, haben eine Bringschuld, die Bevölkerung über die Vor- und Nachteile zu informieren und vor allem auszuräumen, daß möglicherweise Sorgen und Probleme auf sie zukommen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, leider Gottes wird viel zuviel Zeit darauf verwendet, in innerparteilichen Diskussionen Hahnenkämpfe auszutragen. Es mag ganz interessant sein, wer in der CSU das Sagen hat - Stoiber oder Waigel. Für die historische Entscheidung über die europäische Währung ist es wichtiger, die Bevölkerung über die Vor- und Nachteile zu informieren und aufzuklären.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich einige Feststellungen treffen, von denen ich meine, daß sie für die Bevölkerung wichtig sind

Erste Feststellung: Ich glaube, es muß gelegentlich gesagt werden, daß die Wirtschafts- und Währungsunion im Vertrag von Maastricht beschlossen ist. Das ist ein inter-

nationaler Vertrag, dem der Bundestag mit 90prozentiger Mehrheit und der Bundesrat einstimmig zugestimmt haben. Deswegen sollte man zur Kenntnis nehmen, was dort beschlossen und zwischenzeitlich Fakt ist. Man sollte nicht immer wieder Kaffeesatzleserei betreiben und so tun, als stünde das noch zur Disposition.

(Dr. Bernhard (CSU): Bundesverfassungsgericht!)

- Darauf komme ich noch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich betone immer wieder, Bundesregierung und Staatsregierung hätten ihrer Bringschuld nachkommen, die Bevölkerung aufklären und sie von der Sinnhaftigkeit der europäischen Währung überzeugen müssen. Wir als Opposition haben mit unserem letzten Antrag, eine Anhörung über die europäische Währung durchzuführen, einen ganz wesentlichen Beitrag geleistet, daß zum ersten Mal in Breite und Objektivität über die europäische Währung in diesem Hohen Hause diskutiert werden wird.

Zweite Feststellung: Eine gemeinsame europäische Währung liegt im europäischen, im nationalen und im bayerischen Interesse. Wenn ich sage „im europäischen Interesse“, dann vor allem deshalb, weil sie die logische Fortsetzung des Binnenmarktes ist und weil sie einen wichtigen Integrationsschritt bedeutet. Das ist gut so. Das ist keine Frage - wie der Bundeskanzler zu sagen pflegt - „von Krieg und Frieden“; das ist sicher überzogen. Aber sie ist ganz entscheidend für die Weiterentwicklung der europäischen Integration. Ich bin davon überzeugt, daß das Scheitern der Europäischen Währungsunion als größtes und wichtigstes Friedensprojekt die europäische Integration auf lange Zeit hinausschieben, wenn nicht gar zunichte machen wird.

Die Währungsunion liegt auch im deutschen und bayerischen Interesse. Im Jahre 1996 hatten wir in Bayern einen Export von 118 Milliarden DM. Davon gingen mehr als 50% in die Europäische Union. Jeder fünfte Arbeitsplatz in Bayern hängt vom Export ab. Deshalb sind für uns die Wechselkursstabilität und die wirtschaftliche Stabilität von herausragender Bedeutung. Deswegen sind die deutsche Wirtschaft und vor allem die deutschen Gewerkschaften zu Recht im allergrößten Umfang an einer schnellen Einführung der europäischen Währung interessiert; denn sie sichert letztendlich Arbeitsplätze.

(Dr. Bernhard (CSU): Da werden Sie sich noch wundern!)

Weil das gelegentlich überzogen wird, sage ich ehrlicherweise: Dies ist kein kurzfristiges Arbeitsbeschaffungsprogramm. Aber die Währungsunion sichert auf lange Frist Arbeitsplätze. Was für den wirtschaftlichen und gewerblichen Bereich gilt, gilt auch für die Landwirtschaft, die gerade in Bayern sehr exportorientiert ist. Nicht umsonst wird vom Präsidenten des Bayerischen und des Deutschen Bauernverbandes die schnelle und baldige Einführung der europäischen Währung gefordert.

Dritte Feststellung: Herr Kollege Dr. Matschl, wir stimmen mit Ihnen überein, auch wir wollen eine stabile Währung. Davon lassen wir uns als Sozialdemokraten nicht abbringen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Matschl (CSU))

Ich denke, daß der Vertrag von Maastricht weitgehend als Stabilitätsvertrag ausgebildet ist. Wir lassen es nicht zu, daß die kleinen Leute, die Sparer und Rentner, über die Zukunft ihres Erarbeiteten im Ungewissen gelassen werden, und wir sind deshalb für eine starke und stabile europäische Währung. Ich glaube, dazu gibt es in diesem Hause keinen Dissens.

(Dr. Matschl (CSU): Dafür müssen Sie etwas tun!)

Im übrigen - das möchte ich deutlich sagen - haben wir bereits im Vorfeld der europäischen Währung in Europa einen starken Stabilitätsgewinn, wie wir das nie für möglich gehalten hätten. Im letzten Monat betrug der Durchschnitt der Inflation in Europa 1,6%. In Italien lag in den letzten Tagen die Inflationsrate niedriger als in Deutschland. Um ganz aktuell zu werden: In den heutigen Zeitungen ist zu lesen, die italienische Lira stütze die Deutsche Mark - um das einfach auszudrücken. Das hat es noch nie gegeben.

(Dr. Magerl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weichwährung D-Mark!)

Kolleginnen und Kollegen, wir haben in Deutschland im Prinzip eine Weichwährung und zwar nicht wegen des Euro, sondern wegen der verfehlten Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD - Dr. Matschl (CSU): Da sind wir recht gut dran!)

Das und das Geplappere des Bayerischen Ministerpräsidenten von der Stabilität sind das Problem. Sie machen aus der deutschen Währung eine Weichwährung, nicht die Europäische Union.

(Beifall bei der SPD - Dr. Matschl (CSU): Das machen größtenteils Sie, nicht wir! - Miller (CSU): Ihr wollt doch eine weiche Währung!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, als vierte Feststellung darf ich zur Stabilität etwas sagen. Es gibt einen Punkt, zu dem wir eine andere Auffassung haben als Sie. Die Stabilität der europäischen Währung hat nichts mit 2,9%, 3,0%, 3,1% oder 3,5% zu tun.

(Dr. Matschl (CSU): Das hat aber mit Stabilität zu tun!)

Das ist eine Scheindiskussion. Das ist Komma-Fetischismus; denn 3,0% stehen nicht im Vertrag.

(Dr. Matschl (CSU): Sie haben das nicht richtig verstanden, Sie haben nicht zugehört!)

Sie wissen das ganz genau. Auch das Bundesverfassungsgericht hat das nicht festgestellt. Im übrigen muß ich ganz offen sagen: Ich erinnere an die Diskussion über das Kreuzifix-Urteil des Bundesverfassungsgerichts und daran, wie Sie das Bundesverfassungsgericht beschimpft haben. Jetzt möchten Sie es als Zeugen anrufen. Sie machen das, wie Sie das brauchen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt keinerlei ökonomische Begründungen für die 3%. Das hat auch Herr Tietmeyer in den letzten Tagen gesagt. Wir möchten von Ihnen deutlich wissen:

1. Wird die Staatsregierung im Bundesrat mit Nein stimmen, wenn es keine 3% gibt?
2. Verlangt die Staatsregierung, daß alle 15 Staaten, die mitmachen, die 3% einhalten?

(Dr. Bernhard (CSU): Natürlich!)

3. Werden Sie zum Verfassungsgericht gehen, wenn 3% nicht eingehalten werden?

Diese Fragen möchte ich von Ihnen ganz konkret beantwortet haben. Darauf haben wir als Plenum einen Anspruch.

(Beifall bei der SPD - Frau Renate Schmidt (SPD): Darauf bekommst du niemals eine Antwort!)

**Präsident Böhm:** Um das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Falthäuser gebeten.

**Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser** (Staatskanzlei): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mein Vorredner hat dreimal deutlich gesagt: Was wir wollen, ist ein stabiler Euro. Dann hat er gesagt: Die 3,0% haben überhaupt nichts mit der Stabilität zu tun. Und er sagt sogar: Das steht auch nicht im Vertrag.

(Walter Engelhardt (SPD): Was sagt denn Herr Gauweiler dazu?)

Meine Damen und Herren, es gibt das Protokoll über das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit. Dort heißt es in Artikel 1 - ich zitiere -:

Der in Artikel 104 c Absatz 2 dieses Vertrages genannten Referenzwert sei 3% für das Verhältnis zwischen dem geplanten und dem tatsächlichen öffentlichen Defizit und dem Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.

(Kolo (SPD): Lesen Sie einmal den Artikel 104 vor!)

Wenn man sich hier hinstellt und auf die Stabilität abstellt, dann muß man auch den Vertrag, der auf die Stabilität abhebt, lesen.

(Kolo (SPD): Lesen Sie doch einmal Artikel 104! Soll ich Ihnen aufschreiben, was in Artikel 104 steht?)

- Das würde ich auch Herrn Kollegen Kolo empfehlen.

Meine Damen und Herren, die Bayerische Staatsregierung und die sie tragende CSU haben seit 1992 mehr als jede andere Partei, mehr als jede andere Gruppierung über die Währung in Europa über den Euro öffentlich diskutiert und dadurch auch intensiv informiert. Deshalb nehmen wir diese Aktuelle Stunde gerne wahr, um Aufklärung zu betreiben, Herr Kollege Runge.

Die Bayerische Staatsregierung sagt ja zum Euro. Wir sagen ja zu einem stabilen Euro. Die Bayerische Staatsregierung hat deshalb konsequenterweise dem Vertrag von Maastricht im Bundesrat zugestimmt, und die Bayerische Staatsregierung hat den Euro deshalb auch konsequenterweise vor dem Bundesverfassungsgericht verteidigt. An unserer Haltung hat sich nichts geändert.

Herr Runge sagt, der Euro werde zerredet. Wer zerredet, ist derjenige, der schwankt, der heute dies und morgen das sagt oder vielstimmig ist. Diejenigen, die einhellig, eindeutig und konstant seit 1992 für einen stabilen Euro eintreten, sind die CSU und die Bayerische Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU - Lachen bei der SPD)

Wir haben gute Gründe dafür. Erstens. Die Wirtschafts- und Währungsunion ist eine wichtige strategische Antwort auf die Globalisierung. Die Verringerung von einzelstaatlichen Handlungs- und Gestaltungsspielräumen infolge der Globalisierung vermag durch die engere europäische Kooperation aufgefangen zu werden. Dies ist ein wirtschaftspolitischer Grund.

Zweitens. Die Währungsunion kann zum krönenden Schlußstein des Binnenmarktes werden: weniger Transaktionskosten, Beseitigung der Wechselkursunsicherheiten. Ich glaube, das ist eine ideale Vorstellung.

Drittens. Die Währungsunion führt zu völliger Preistransparenz. Der damit verbundene härtere Wettbewerb wird sicherlich den Verbrauchern zugute kommen. Ob er bei uns zunächst mehr Arbeitsplätze schafft, ist sehr die Frage.

Viertens. Ein stabiler Euro vermag ein echtes Gegengewicht zum Dollar zu bilden.

Fünftens. Gemeinsames Geld ist auch ein politisches Bindeglied für Europa.

Das, was ich Ihnen als unsere wesentlichen Gründe genannt habe, sagen wir seit 1992. Wir haben das immer gesagt, und wir stehen zu dem, was wir gesagt haben.

Warum bestehen wir auf der stabilen Währung? Weil der wirtschaftliche Aufstieg und die soziale Stabilität in Deutschland untrennbar mit unserer stabilen Währung verbunden sind, weil unser stabiles Geld mit hart erarbei-

teten Ersparnissen die Lebensleistung der Menschen in diesem Land widerspiegelt, weil bereits ein Prozentpunkt zusätzliche Inflation bis zu 50 Milliarden DM an Sparguthaben und Geldvermögen vernichtet, weil - dies ist heute in der „Süddeutschen Zeitung“ deutlich gemacht worden - dauerhaft niedrige Zinsen eine wesentliche Voraussetzung für Investitionen und damit für Arbeitsplätze sind, weil stabiles Geld noch immer die beste Sozialpolitik ist - die Inflation trifft gerade die Kleinen - und, nicht zuletzt, weil wir halten müssen, was wir - alle großen Parteien zusammen - den Bürgern versprochen haben. Wir haben gemeinsam gesagt, daß die künftige europäische Währung so stabil sein und bleiben muß wie die Deutsche Mark. Und wenn man das 1992 gesagt hat, dann muß man das 1997 hier an dieser Stelle wiederholen, oder man unterminiert das Vertrauen der Bürger.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich war im Jahre 1992 im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages und in dem eigens gebildeten Europaausschuß des Deutschen Bundestages Berichterstatter für den Maastricht-Vertrag. Ich weiß, wie die Diskussion damals geführt wurde. Die sogenannte Entschließung des Deutschen Bundestages ist insbesondere vom Kollegen Norbert Wieczorek und von mir mitformuliert worden. Wir haben damals ganz bewußt und nach heftigem Ringen mit allen möglichen Experten hineingeschrieben, der Bundestag - später auch der Bundesrat - nehme die Besorgnisse der Bevölkerung ernst. Die Stabilität der Währung müsse unter allen Umständen gewährleistet werden. Die Stabilitätskriterien würden eng und strikt auszulegen sein. Die künftige europäische Währung müsse so stabil sein und bleiben wie die Deutsche Mark. Der Bundestag werde sich jedem Versuch widersetzen, die Stabilitätskriterien aufzuweichen.

Das heißt, meine Damen und Herren von der Opposition, wir haben damals gemeinsam eine eigene Auslegungskultur niedergelegt. Dies war uns allen klar. In allen internen Diskussionen war klar, daß wir eine besondere Verpflichtung gegenüber der harten D-Mark haben, und zwar aufgrund der besonderen Stellung der D-Mark in unserem staatlichen Gebilde. Heute stelle ich fest, daß Herr Köhler hier sagt: „Es können auch 3,5% sein“, und daß Herr Lafontaine ähnliches erzählt und daß am nächsten Tag Herr Schröder wiederum sagt, man könne den Einführungstermin auch verschieben. Was denn nun? Soll das das Vertrauen untermauern, auf das wir damals gemeinsam so sehr gesetzt haben?

Bundesbankpräsident Tietmeyer hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß es in Europa keine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik gibt. Deshalb muß zumindest das Ergebnis nationaler Verantwortung mit entsprechenden Kriterien vorgegeben werden. Sonst fehlt die Basis für die gemeinsame Währung und für die gemeinsame Geldpolitik der Europäischen Zentralbank. Meine Damen und Herren, ohne Einhaltung der Kriterien gibt es keinen stabilen Euro. Den haben wir aber den Leuten versprochen.

(Beifall bei der CSU)

Ich muß Ihnen gegenüber nicht betonen, daß selbstverständlich alle Teilnehmer der Wirtschafts- und Währungsunion die Kriterien in gleicher Weise einzuhalten haben. Da gibt es keine Sonderklassen und Ausnahmebedingungen.

Ich weise auf die Risiken eines nicht stabilen Euro, einer Aufweichung hin. Erstens: Aufweichung bedeutet Dammbruch. Herr Kollege Köhler, wer heute 3,1% sagt oder 3,2% für möglich hält, landet morgen bei 3,8%. Das hat Theo Waigel gesagt, und damit hat er völlig recht.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Von 1991 bis heute ist der durchschnittliche EU-Schuldenstand von 57% - deshalb der Referenzwert 60% - auf über 70% des Brutto sozialproduktes immer weiter angestiegen. Noch nie haben Industriestaaten in Nichtkriegszeiten eine so riesige Staatsschuld angehäuft. Wollen wir diese Entwicklung stoppen, darf die Neuverschuldung nicht mehr als 3% betragen. Das ist fast Arithmetik.

Der Stabilitätspakt, meine Damen und Herren, ist ein dritter Grund, der die Aufweichung im Grunde unmöglich macht. Im europäischen Wachstums- und Stabilitätspakt, von Waigel durchgesetzt, wurde die Grenze für ein übermäßiges Defizit auf 3% als Obergrenze - ich wiederhole: als Obergrenze - festgesetzt. Bei mehr als 3% setzt das Sanktionsverfahren ein. Wenn ich aber ein Sanktionsverfahren ab 3% aufwärts für die Dauer der Währungsunion habe, dann muß ich doch auch schon beim Eintritt Glaubwürdigkeit dokumentieren und 3,0% garantieren. Die Glaubwürdigkeit des gesamten Stabilitätspaktes hängt an dieser Marke. Und - das hat auch Herr Köhler, allerdings mit falscher Schlußfolgerung, betont -: Das Vertrauen der Bürger würde zerstört. Durch die harte D-Mark wurde das Trauma überwunden, das der Verlust sämtlicher Ersparnisse infolge von zwei Hyperinflationen in diesem Jahrhundert verursacht hat. Wer die harte D-Mark durch einen weichen Euro ersetzt, wer aus der Währungsumstellung eine Währungsreform macht, zerstört das Vertrauen der Bürger in die Politik und beschädigt damit die deutsche Demokratie.

(Beifall bei der CSU)

Ein weicher Euro bedeutet auch mehr Arbeitslosigkeit, steigende Zinsen, importierte Inflation. Wird die Wirtschafts- und Währungsunion zur Inflationgemeinschaft, verkehren sich ihre Vorteile ins Gegenteil, meine Damen und Herren. Ein weicher Euro bedeutet auch Kapitalflucht. Heute befinden sich 1,5 Billionen DM ausländisches Kapital bei uns. Wenn die D-Mark weich wird, wird eine dramatische Kapitalflucht einsetzen.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund bin ich auch nachdrücklich dafür, daß Deutschland einen nationalen Stabilitätspakt eingeht. Der Anteil der Länder an der Gesamtverschuldung darf allerdings nicht falsch bemessen werden. Der Länderanteil muß deutlich über 50% liegen. Die horizontale Verteilung darf nicht diejenigen im Lande bestrafen, die sparsam sind, und diejenigen belohnen, die Schulden machen.



(Zurufe von der SPD: Waigel!)

Ich wiederhole: Der Euro kann Europa einigen und stärker machen. Ein schwacher Euro kann und wird Europa spalten und die europäische Entwicklung verlangsamen. Im deutschen Interesse und auch im europäischen Interesse müssen wir auf die Stabilität des Euro und auf die Einhaltung aller Bedingungen, die im Vertrag festgelegt sind, in besonderer Weise Wert legen: Wenn wir das nicht tun, betrügen wir die Bürger.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Böhm:** Als nächster hat Herr Kollege Dr. Bernhard das Wort.

**Dr. Bernhard (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir ist auch nach der bisherigen Diskussion und Ihrer Begründung verborgen geblieben, was die GRÜNEN nun wirklich wollen. Sind sie für eine Verschiebung oder dagegen, sind sie grundsätzlich für den Euro oder dagegen? Sie haben zwar eine Reihe von Argumenten hin- und hergewendet, aber ich bin nicht klüger geworden, wofür sie wirklich sind.

(Frau Renate Schmidt (SPD): Da sind wir uns einig!)

- Frau Schmidt gibt mir recht.

Ich möchte zunächst eine grundsätzliche Bemerkung zum Maastrichtvertrag und zur „Spaltung Europas“ machen. Der Maastrichtvertrag hat die frühere Einigungsphilosophie verlassen und ist zu einem Europa der zwei Geschwindigkeiten übergegangen. Man nennt das heute nicht mehr so, sondern spricht von einem Europa der konzentrischen Kreise. Damit ist verbunden, daß es Länder mit unterschiedlichem Integrationsstand gibt. Man kann es dahingestellt sein lassen, ob man das Spaltung nennen will oder nicht. Wir müssen uns aber darüber im klaren sein, daß der Gleichschritt, der viele Jahre für alle gegolten hat, nicht mehr gelten wird und nicht mehr gelten kann, wenn die Währungsunion tatsächlich in Kraft gesetzt werden soll.

Ich will noch ewige Bemerkungen zum Thema Stabilitätsgemeinschaft machen; der Staatsminister hat schon einiges dazu gesagt. Es ist wirklich töricht, von einem Kriterienfetischismus zu sprechen; denn diese Kriterien sind Ausdruck einer gewissen ökonomischen Konvergenz. Jeder weiß, daß es verheerende Folgen haben wird, wenn man Volkswirtschaften zusammenspannt, die ökonomisch nicht ausreichend konvergent sind. Wie sollen denn beispielsweise die Italiener, die jetzt dabei sein sollen, mit einer Zinsquote von 24% bei einer Stabilitätspolitik der europäischen Zentralbank ihre Schulden bedienen? Können Sie mir das erklären? Das wird nur dazu führen, daß einzelne Mitgliedstaaten, deren ökonomische Entwicklung nicht ausreichend konvergent ist, ihre Schulden nicht mehr werden bedienen können.

Es ist ganz klar, daß Spannungen zwischen Volkswirtschaften nicht plötzlich dann verschwinden, wenn man sie unter das Dach einer gemeinsamen Währung stellt, son-

dern die Spannungen bestehen weiter. Jene, die das nicht aushalten, haben entsprechende soziale und wirtschaftliche Folgen zu gewärtigen. Dann wird der Ruf nach einem Transfer erfolgen. Warum wird seit vielen Jahren aus dem Ausland nachhaltig Kritik an der Bundesbank geübt? Weil manche Länder das, was sie nachvollziehen müssen, sozial und wirtschaftlich nicht aushalten. Dazu gehören beispielsweise die Franzosen.

Der Vorwurf des Kriterienfetischismus ist letztlich wirklich dümmlich. Wir müssen vielmehr darüber nachdenken, welche Folgen es hat, wenn nicht ausreichend konvergente Volkswirtschaften zusammengespannt werden.

Im übrigen - weil Sie das immer ansprechen -: In der Sache gibt es keine Differenzen zwischen Stoiber und Waigel.

(Widerspruch und Lachen bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Waigel war es, der damals den Kurs der strikten Auslegung des Vertrags initiiert und voll mitgetragen hat und ihn bis heute mitträgt. Wir haben einen stringenten und deutlichen Beschluß des Parteiausschusses, der von der gesamten Partei getragen wird.

(Dr. Hahnzog (SPD): Die Auslegung ist nicht so eindeutig!)

Wenn wir über Transfers sprechen, müssen Sie klar sehen, daß die Umverteilung in Europa, wie sie heute stattfindet, in Zukunft so nicht mehr stattfinden kann. Ich verweise auf das, was die Länderfinanzminister vor kurzem besprochen und festgelegt haben, daß nämlich der Nettobeitrag der Bundesrepublik in' der Größenordnung von etwa 14 Milliarden DM reduziert werden muß. Das zeigt, daß der Spielraum für Transfers nicht wachsen, sondern geringer werden wird. Darum wird es nicht möglich sein, einen nichtstabilen Euro ökonomisch und sozial zu unterfüttern.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zum Horrorszenario der Verschiebung machen. Der Maastrichtvertrag sieht vor, daß 1998 über die Währungseinheit entschieden wird. Es ist dem Maastrichtvertrag immanent, daß hierüber eine Entscheidung getroffen wird. Diese bevorstehende Entscheidung kann nicht einfach wegdiskutiert werden; das widerspricht dem im Maastrichtvertrag vorgesehenen Prozeß. 1998 wird gemäß dem Vertrag die Entscheidung über ein Ja oder Nein fallen, wenn die Kriterien nicht stimmen. Deshalb muß nach meiner Meinung eine Diskussion - sie mag eine theoretische sein, weil wir die Lage der Einhaltung der Kriterien noch nicht kennen - darüber möglich sein, wie und auf welcher Rechtsbasis das ablaufen kann und wie man die befürchteten Unsicherheiten der Finanzmärkte abfangen kann.

Herr Kollege Köhler, im übrigen werden nicht politische Argumente über die Stabilität des Euro entscheiden, sondern der Euro wird an den Finanzmärkten bewertet werden, die nicht auf der Grundlage von integrationspolitischen Zielen entscheiden, sondern nach der Härte des Euro.

(Zurufe von der SPD)

Nur danach wird der Euro bewertet. - Ich bitte um Nachsicht dafür, daß ich etwas überzogen habe.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Böhm:** Als nächster spricht Herr Kollege Starzmann.

**Starzmann (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Worte Euro und Verschiebung werden von der CSU stets in einem Zusammenhang gebraucht, als würde über die Einführung des Euro schon jetzt und nicht erst 1998 entschieden. Das macht den Eindruck, als würde die CSU heute schon erkennen, daß eine Verschiebung notwendig ist, weil man irgendwelche Interpretationen liefern möchte. Die CSU hat anderen oft vorgeworfen, sie würden in ihrer Haltung zum Euro schwanken. Nun muß sie sich zumindest seit den letzten Tagen an der eigenen Nase fassen, seit auch der bayerische Landwirtschaftsminister in Nibelungentreue zu seinem Ministerpräsidenten die negativen Einflüsse des Euro zu erkennen beginnt, obwohl er es wohl am wenigsten nötig hätte.

Auch Sie haben dem Maastrichtvertrag zugestimmt, dessen sämtliche Bestimmungen einzuhalten sind. Bemühungen, in den Maastrichtvertrag nachträglich etwas hineinzuzinterpretieren, Auslegungen, die vielleicht bei der Bevölkerung gut ankommen, aber nicht durch den Text des Maastrichtvertrags begründet sind, und Erklärungen darüber, wie man es machen möchte, sind relativ bedeutungslos, vor allem dann, wenn sie von jemandem stammen, der nicht einmal Vertragspartner ist. Erklärungen des Freistaates Bayern darüber, wie die Konvergenzkriterien auf bayerisch zu interpretieren sind, werden auf die Einführung des Euro soviel Auswirkungen haben, wie wenn der Hund den Mond anbellt, um sein Leuchten zu unterbinden.

Es ist wichtig, die Akzeptanz der gemeinsam beschlossenen, auch von Ihnen beschlossenen Währung in der Bevölkerung zu fördern. Das kann nur geschehen, indem man die Fakten nennt und nicht in Vermutungen ableitet. Es bleibt Ihre politische Pflicht, immer wieder objektiv darüber zu informieren, was mit dem Euro kommt und was nicht. Die Akzeptanz in der Bevölkerung zu fördern, ist Pflicht; die Akzeptanz zu untergraben, ist schädlich, insbesondere dann, wenn keine Akzeptanz wegen einer diffusen Angst vorhanden ist, die nicht auf Fakten gegründet ist.

Ich kenne viele CSU-Politiker, die immer wieder sagen, Angst ist ein schlechter Ratgeber.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Ich glaube, auch im Hinblick auf die Einführung des Euro ist eine nicht begründete, mit Fakten nicht belegte Angst ein schlechter Ratgeber.

(Zustimmung bei der SPD)

Die Maßnahme dagegen kann nur sein, die Fakten zu nennen. Angst zu schüren, wird auch dadurch nicht richtiger, daß man sich hinstellt und so tut - weil man spürt, daß in der Bevölkerung eine solche diffuse Angst herrscht, - als sei man der Währungshüter.

Wenn irgendwo ganz deutlich die Vorteile des Euro überwiegen, dann mit Sicherheit in der Landwirtschaft, und nicht umsonst fordert der Präsident jetzt des deutschen und des bayerischen Bauernverbandes, Sonnleitner, die pünktliche Einführung des Euro wie vereinbart. Die bayerischen Bauern leiden unter einer schwachen Lira,

(Beifall bei der SPD)

und sie mußten erleben, daß selbst zu einem Zeitpunkt, zu dem in England BSE grassierte, die Italiener, weil die Währungsverhältnisse zwischen England und Italien so waren, daß sie dort ihr Rindfleisch günstiger einkaufen konnten als in Deutschland, ihr Rindfleisch trotz aller Angst vor BSE in England kauften. Da sehen Sie, wie stark sich solche Währungsschwankungen zum Schaden Bayerns auswirken. Deswegen ist die pünktliche Einführung einer gemeinsamen Währung, die solche Währungsschwankungen nicht mehr zuläßt, für die bayerischen Bauern von größtem Interesse.

(Beifall bei der SPD)

Nun ist Italien voraussichtlich mit dabei, wenn der Euro eingeführt wird - wenn man schon orakelt, was 1998 sein wird. So, wie die Währungsverhältnisse derzeit sind, ist Italien vielleicht noch eher dabei als das von Ihnen kaputtgemachte Deutschland.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Und wenn der Vorteil des Euros so auf der Hand liegt, ist es meiner Ansicht nach falsch, daß nun auch der bayerische Landwirtschaftsminister anfängt, am Euro zu zweifeln, nur um seine Nibelungentreue dem Ministerpräsidenten gegenüber zu beweisen.

(Beifall bei der SPD)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer:** Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schweder. Bitte, Frau Kollegin, ich erteile Ihnen das Wort.

**Frau Schweder (CSU):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nur noch wenige Bemerkungen zu dem zugegebenermaßen von den GRÜNEN etwas konfus dargestellten Thema machen.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ob der Euro akzeptiert wird oder ob Europa gespalten wird, hängt im wesentlichen davon ab, welche Erwartungen man in diesen Euro und seine Auswirkungen hat. Die Menschen verbinden damit gewisse Wünsche, Erwartungen und Hoffnungen. Ich möchte an dieser Stelle davor warnen, diese Erwartungen und Hoffnungen zu hoch anzusetzen. Herr Köhler, Sie

haben heute so getan, als würde der Euro in der Lage sein, unsere Arbeitsplatzprobleme zu lösen.

(Zuruf von der SPD: Hat er nicht gesagt! - Weitere Zurufe von der SPD)

Draußen im Lande werden solche Hoffnungen immer geweckt,

(Zuruf von der SPD: Er hat es ganz anders gesagt!)

aber ich bezweifle, daß diese Hoffnungen erfüllt werden können. Herr Köhler, es redet sich halt leichter über Europa, als daß man im eigenen Lande die Hausaufgaben macht.

(Zuruf von der SPD: Sie sollten einmal mit Ihrer Bundesregierung und Herrn Stoiber darüber reden!)

Auch Herr Dr. Runge hat auf einen drohenden Sozialabbau hingewiesen. Aber wo steht das denn alles, meine Damen und Herren? Ein ausreichendes Arbeitsplatzangebot - um bei den Arbeitsplätzen zu bleiben - setzt eine florierende Wirtschaft voraus, und dafür ist der Euro nur ein Kriterium, nur eine Voraussetzung. Es gibt selbstverständlich noch andere Komponenten, und da scheint es mir sehr viel wichtiger, Herr Köhler, daß wir in Deutschland keine Verweigerungshaltung einnehmen,

(Zuruf von der SPD: Bravo!)

sondern zunächst bei uns alle Möglichkeiten für eine florierende Wirtschaft schaffen, indem wir zum Beispiel die Steuern senken,

(Zuruf von der SPD: Sehr gut! Genau!)

indem wir die Lohnnebenkosten senken und indem wir überlegen, was der Staat im sozialen Bereich zukünftig noch leisten kann. Wir müssen uns fragen, wie hoch wir uns aufgrund all dessen, was jetzt auch von Ihnen trotz dieser Situation angemahnt wird, verschulden können und wie wir überhaupt erst in die Lage versetzt werden, mit den anderen Ländern zu konkurrieren.

(Zurufe von der SPD)

Ich glaube, es ist müßig, meine Damen und Herren, hier über eine Spaltung zu reden, über das, was wir alle noch gar nicht abschätzen können, nämlich wie sich der Euro auf den Arbeitsmarkt auswirken wird, wo Arbeitsplätze entstehen, wo sich die Wirtschaft niederläßt und so weiter. Das alles sind Dinge, die wir heute noch nicht abschätzen können. Ich meine, Sie sollten zunächst einmal auf nationaler Ebene handeln, bevor Sie europäisches Handeln anmahnen.

(Beifall bei der CSU - Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ausgerechnet Sie sagen so etwas!)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer:** Nächster Redner ist Herr Kollege Mehrlich. Ich erteile Ihnen das Wort.

**Mehrlich (SPD):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die relativ moderaten Töne der CSU bei dieser Debatte können nicht darüber hinwegtäuschen, daß draußen im Lande dieses Thema von der CSU auf eine ganz andere Weise behandelt wird, als wir dies heute in diesem Hohen Hause tun.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf von der CSU: Wieso?)

Allerdings muß auch ich feststellen, daß die GRÜNEN ein eigenartiges Motto gewählt haben. Es unterstellt, daß Europa gespalten wird, wenn nicht alle EU-Mitgliedsländer von Anfang an bei der Einführung des Euros dabei sind. Das ist selbstverständlich Unsinn. Große Aufgaben beginnen immer mit kleinen Schritten. Ein perfekter Hechtsprung aus dem Stand gelingt nur ganz selten.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Er hat nicht zugehört!)

Wirtschaftspolitik - so heißt es, und wer wollte bestreiten, daß auch der Euro in diesem Zusammenhang genannt wird - sei vor allem Psychologie, sie sei nicht zuletzt auch eine pädagogische Aufgabe, eine Stimmungssache. Dagegen versündigt sich ständig, vor allem, wenn es um den Euro geht, die Bayerische Staatsregierung und nicht zuletzt Ministerpräsident Dr. Stoiber.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ihn juckt nach meiner Auffassung im Grunde genommen dieses Thema nur insofern, als er es für seine innerparteilichen bzw. wahltaktischen Manöver „gebrauchen bzw. mißbrauchen kann. Es gibt fast kein Thema, das Dr. Stoiber nicht vor allem aus diesem Blickwinkel heraus angeht. ,

(Walter Engelhardt (SPD): Fürwahr!)

Dem Ministerpräsidenten Stoiber - ich wage erneut diese Behauptung - ist der, Euro weitgehend egal; er will vor allem über diesen Euro-Diskurs Waigel und Kohl abschütteln, er will sich vom Politikchaos in Bonn abkoppeln, koste es, was es wolle. Da nimmt er sogar die Schelte der Industrie in Kauf.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Matschl (CSU))

- Herr Dr. Matschl, ich nenne es perfide und scheinheilig, wenn Stoiber sagt, es gehe ihm um den kleinen Mann, die Frau auf der Straße, um deren Kaufkraft und deren Sparbuch. Dies nehmen nur noch wenige Menschen Dr. Stoiber ab. Zur emotionslosen und sachbezogenen Information und Aufklärung jedenfalls trägt diese Staatsregierung in Sachen Euro nicht bei.

Nur ohne die Bonner Belastung durch Kohl und Waigel und mit einem CSU-Vorsitzenden Stoiber sowie zeitlich deutlich abgesetzt vom Bonner Urnengang, aus dem nach Stoibers Meinung eine rot-grüne Regierung hervorgehen wird, könnte dann im September 1998 die CSU ihre absolute Mehrheit im Bayerischen Landtag erfolgreichen verteidigen. Dabei nimmt er auch das vorzeitige Scheitern der Bundesregierung in Kauf.

(Dr. Matschl (CSU): Herr Kollege, Sie phantasieren!)

- Politikspekulant Stoiber denkt immer nur an sich, an seine Staatsregierung, an seine CSU und sonst an nahezu garnichts, Herr Kollege Matschl.

Die deutsche Sprache, meine Damen und Herren, ist, wie jedermann weiß, eine schwierige.

(Dr. Matschl (CSU): Eine gute!)

Zunehmend wird sie mißbraucht und vergewaltigt.

(Dr. Matschl (CSU): Das ist wahr!)

Sie dient nicht mehr in erster Linie der Wahrheit und Klarheit, nicht mehr der Beschreibung von Tatbeständen, Vorgängen und Zusammenhängen, sondern der Vertuschung, der Manipulation der Öffentlichkeit bis hin zur Irreführung und Verfälschung. Ich bin der Auffassung, daß dieser Umstand mehr zur Politikverdrossenheit, zur Wahlenthaltung, zum schlechten Ruf der Politiker und der Politik beigetragen hat als die Politik und ihre Entscheidungen selbst.

Wie immer, wenn es um nationale Angelegenheiten, Denkmäler, Heiligtümer und um historische Weichenstellungen geht in Deutschland, ist dies nicht ohne die SPD möglich. Sie muß für Rationalität und sachorientierte Betrachtungsweise sorgen. Die SPD und ihre Repräsentanten müssen im nationalen Interesse sozusagen retten, was noch zu retten ist. Dies gilt in besonderer Weise für die deutsche Volkswirtschaft, für das deutsche Ansehen in der Welt und jetzt auch für den Euro. Ich komme zum Schluß: Während andere sich verweigern und auf Populismus machen - dazu zählen nach meiner Auffassung auch zunehmend die Bündnis-grünen-,

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

muß sachorientierte Politik weitgehend die SPD allein leisten. Das ist erneut historische Aufgabe und nationale Pflicht der deutschen Sozialdemokratie.

(Beifall bei der SPD)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer:** Nächster Redner ist Herr Kollege Lode.

**Lode (CSU):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Mehrlich, die Diskussion um den

Euro sollte zielgerichteter als Ihre Ausführungen sein. Sie dürfen sich nicht darauf beschränken, eine Auseinandersetzung zwischen sogenannten Europabefürwortern und sogenannten Europegegnern zu konstruieren. Dazu ist die Dimension des Euro zu groß. Ich will einen Aspekt ansprechen, der über den Tag der heutigen Diskussion weit hinausgeht und in seiner Tragweite bei allen Überlegungen schon heute unter dem Gesichtspunkt nicht unberücksichtigt bleiben darf, warum ein stabiler Euro vonnöten ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Osterweiterung stellt eine der größten Herausforderungen dar, der die Europäische Union in den nächsten Jahren gegenüberstehen wird. Alle teilnehmenden Länder - die 15 bisherigen Mitgliedstaaten und die 10 beitragswilligen Staaten Mittel- und Osteuropas - bekennen sich zum Projekt der Osterweiterung als wesentlicher Voraussetzung für Demokratie, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in ganz Europa. Aber im Interesse der Stabilität und der Akzeptanz durch die Bürger der heutigen Union muß diese Osterweiterung mit großem Augenmaß angegangen werden.

Die Beitrittskriterien für die sogenannten MOE-Staaten wurden vom Europäischen Rat in Kopenhagen 1993 festgelegt. Neben einer gesicherten Achtung der Menschenrechte und der Rechte der Minderheiten sowie der Bereitschaft zur Übernahme aller Verpflichtungen aus den gemeinsamen Politiken sind dies vor allem eine funktionierende Marktwirtschaft und eine funktionierende Agrarwirtschaft.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Matschl (CSU))

Im Hinblick auf die heutige Themenvorgabe werde ich mich auf diese beiden Punkte beschränken. Die wirtschaftlichen Probleme in den osteuropäischen Staaten sind groß, teilweise riesengroß. Und trotzdem: Mit Ausnahme von Lettland und Bulgarien hatten die assoziierten MOE-Staaten 1995 ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von durchschnittlich 5,2% - Tendenz steigend. Dies zeigt, daß die makroökonomischen Reformen der letzten Jahre ihre Wirkung nicht verfehlten. Die Arbeitslosenquote, die aufgrund der Umstrukturierung der großen staatlichen Unternehmen zunächst steil anstieg, ging im Vergleich zu den Vorjahren wieder zurück. Aufgrund von Veröffentlichungen ist bekannt, daß es zum Beispiel in der Tschechischen Republik nicht nur eine registrierte Arbeitslosenquote von unter 5% gibt, sondern daß dort in einigen Regionen und Berufsfeldern - besonders hervorgehoben wurde der Automobilstandort Mlada Boleslav - ein Mangel an Facharbeitern zu verzeichnen ist. Die Privatunternehmen erzeugen in vielen der zehn Länder bereits über 60% des Bruttoinlandsprodukts.

Auch der Außenhandel zwischen den mittel- und osteuropäischen Ländern und der EU expandierte weiter. Der Exportüberschuß betrug im Jahr 1995 fast zehn Milliarden Dollar. Am gesamten Außenhandel der MOE-Staaten beträgt der Anteil der Wirtschaftsbeziehungen zur EU inzwischen durchschnittlich 60%. Dies zeigt, daß die Wirtschaftssysteme der assoziierten MOE-Staaten erfolgreich auf den europäischen Binnenmarkt umorientiert

wurden. Zukunftsprognosen lassen vermuten, daß der Außenhandel bei den Exporten auf das Zweieinhalbfache und bei den Importen auf das Dreifache des Niveaus von 1994 gesteigert werden kann. Hier entstehen zukunftssträchtige Märkte unmittelbar vor unserer Haustür. Wir müssen sie nur richtig bewerten und einschätzen lernen.

Aus bayerischer Sicht ist auch die Entwicklung der Agrarpolitik in den MOE-Staaten wichtig. Es ist heute schon falsch, in allen Bereichen der jetzigen EU die gleiche Agrarpolitik betreiben zu wollen und mehr als 50% des Europahaushalts dafür einzusetzen, ohne daß es dabei zu wirtschaftlichen Strukturen käme.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Matschl (CSU))

Um so größer sind die Unterschiede zur Landwirtschaft unserer östlichen Nachbarn. Es müssen daher bei allen weiteren Schritten des Beitritts rechtzeitig und ausreichend Regelungen getroffen werden, die im Interesse einer flächendeckenden Landwirtschaft in Deutschland und besonders in Bayern nicht zur Existenzgefährdung von landwirtschaftlichen Betrieben führen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Matschl (CSU))

Selbstverständlich muß bei jedem einzelnen Beitrittsland den dort herrschenden besonderen Verhältnissen auch durch entsprechende Übergangsregelungen Rechnung getragen werden. Dies ist zwingend notwendig, um nachteilige wirtschaftliche Auswirkungen auf die derzeitigen Mitgliedstaaten zu vermeiden. Als Grenzland zum Osten ist Bayern davon in besonderem Maße betroffen.

Meine Damen und Herren, wenn der Euro als gemeinsames Zahlungsmittel Europa nicht spalten soll, dann ist es unverzichtbar, bereits beim ersten Schritt, also in der Diskussion heute und in der Entscheidung der jetzigen Mitgliedstaaten für das Jahr 1998, unbeirrt daran festzuhalten, daß alle Grundvoraussetzungen eingehalten und erfüllt werden. Denn nur ein stabiler Euro wird den künftigen Belastungen und Herausforderungen standhalten.

(Beifall bei der CSU - Dr. Matschl (CSU):  
Richtig!)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Straßer das Wort.

**Straßer (SPD)** (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorhin hat Herr Staatsminister Fallthäuser darauf hingewiesen, daß man richtig zitieren sollte, wenn man als Abgeordneter ans Rednerpult tritt. Herr Minister, Sie haben zwar ein Buch aufgeschlagen und daraus etwas vorgelesen, aber verschwiegen, daß im Vertrag nicht 3,0% steht.

(Dr. Matschl (CSU): Er hat doch gesagt, daß es in der Protokollnotiz steht!)

Im Vertrag stehen die Ausnahmen; 3,0% steht nur in der Protokollnotiz. Man sollte nicht nur die halbe Wahrheit sagen.

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Matschl (CSU))

- Herr Dr. Matschl, ich weiß schon, was Sie fragen wollen.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer:** Herr Kollege Dr. Matschl, in der Aktuellen Stunde werden Zwischenfragen nicht zugelassen. Bitte, fahren Sie in Ihrer Rede fort, Herr Kollege Straßer, und beantworten Sie die Frage, die Herr Kollege Dr. Matschl stellen wollte.

**Straßer (SPD):** Wenn ich die Diskussion verfolge und die Presse lese, sehe ich, welche Schwierigkeiten Sie haben. Ich könnte Ihnen ein Dutzend CSU-Kollegen nennen, die sagen, man solle die gemeinsame Währung verschieben, von dem, was zur Zeit in Festzeten von Ihnen gesprochen wird, ganz zu schweigen. Auch eine Frau Staatssekretärin weicht unwahrscheinlich von Ihren Aussagen ab; sie sagt draußen etwas ganz anderes. Wer will denn, lieber Herr Dr. Fallthäuser, den weichen Euro? Wollen ihn die GRÜNEN, will ihn die SPD? Nein, wir wollen ihn nicht! Zunächst müssen die Hausaufgaben gemacht werden, wie Frau Kollegin Schweder sagt, aber nicht von uns, sondern von denjenigen, die in dieser Republik zuständig sind.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der CSU-Finanzminister, der an sich die Hausaufgaben machen muß, sie aber seit Jahren nicht macht.

Ich komme jetzt auf das zurück, was ich eingangs gesagt habe. Ich glaube, heute steht es auch in der Zeitung. Die Bundesbank hat auf die 3,0% hingewiesen und gesagt: Wenn sie nicht eingehalten werden, wird man auf die Ausnahmen Bezug nehmen.

Sie haben vorhin gesagt: Die Hausaufgaben müssen gemacht werden. Aber für die Hausaufgaben sind Sie zuständig. Darum können Sie nicht herumreden. Dafür ist der Bundesfinanzminister zuständig. Ich kann mir natürlich durchaus vorstellen, daß in der Bevölkerung vieles angenehmer wäre und hier die Stimmung ganz anders wäre, wenn wir nicht die heutige Situation auf dem Arbeitsmarkt hätten. Du meine Güte, wer hat denn diese Probleme auf dem Arbeitsmarkt geschaffen? Doch nicht die Sozialdemokraten; das waren Sie mit Ihrem Finanzminister in Bonn. Wer hat denn die Rentenprobleme geschaffen? Doch nicht wir als Sozialdemokraten; die haben Sie geschaffen. Da hätten Sie Ihre Hausaufgaben machen müssen.

Ich sage ein Drittes, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich habe gestern eine Veranstaltung mit Kommunalpolitikern miterlebt. Wenn ich Ihnen etwas vorwerfe, dann ist es die Art der Informationspolitik. Die Staatsregierung hat es einfach verschlafen, rechtzeitig die entscheidenden Meinungsträger richtig zu informieren. Es ist unglaublich, was ich am heutigen Dienstag um 7.00 Uhr

am Telefon zu den Abwassergebühren gehört habe. Herr Dr. Matschl, jetzt sage ich einmal, was Tatsache ist. Wenn heute Kommunalpolitiker um 7.15 Uhr einen Abgeordneten fragen - als Bürgermeister ist man ja eine Persönlichkeit -, ob die Abwassergebühren 1999 in Euro überwiesen werden müssen oder nicht, dann stelle ich fest, daß die Informationen fehlen.

Hier liegt der entscheidende Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Sie haben es als zuständige Staatsregierung ganz wesentlich versäumt, die Bürger rechtzeitig zu informieren. Das ist die Kritik, die wir an Sie richten.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt haben Sie die Probleme und müssen feststellen: Du meine Güte, da gibt es ja die eine oder andere Kritik. - Vorhin habe ich gehört, wie einig Sie eigentlich sein sollten. Ich weiß nicht, Herr Prof. Dr. Falthäuser: Haben Sie die Presse nicht gelesen? Da ist von unterschiedlichen Positionen zwischen Waigel und Stoiber zu lesen. In der vergangenen Zeit war solches immer wieder zu lesen. Es gab unterschiedliche Standpunkte. Es wurde auch von Verschieben usw. gesprochen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir von der SPD haben, was die Einigung Europas betrifft, einen tollen Weg in der Geschichte gemacht. Wir waren für die Versöhnung. Das Problem, das Sie in der Zwischenzeit haben, wird Sie einholen. Sie haben in der vergangenen Jahren viel zuviel Ursachen für verfehlte nationale Politik in Brüssel und Europa gesucht. Das sind die Themen, die Sie einholen werden.

Man hat es also versäumt, die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes rechtzeitig zu informieren und rechtzeitig auf die Entwicklung vorzubereiten.

(Beifall bei der SPD)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Dinglreiter das Wort. Bitte, Herr Kollege.

**Dinglreiter (CSU):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD hat uns gerade vorgeworfen, wir mißbrauchten den Euro zum Wahlkampf. Was Sie in diese Debatte einführen, ist nichts anderes als Wahlkampf pur. Herr Mehrlich, Sie können hingehen, wohin Sie wollen - gehen Sie doch einmal in eine CSU-Versammlung -, Sie werden feststellen, daß wir hier nicht anders reden als draußen. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Wenn es aber um die Stabilität des Euro geht, dann ist nicht entscheidend, was die SPD sagt. Entscheidend sind die Auswirkungen der Europäischen Währungsunion auf die Stabilität in der Zukunft.

Meine Damen und Herren, gemeinsame Währung bedeutet Übernahme des Erfolgsmodells unserer deutschen Währungsordnung für Europa. Das ist das, was wir

immer gesagt haben und woran wir festhalten. Das ist nicht überall zur gleichen Zeit einführbar, weil die Voraussetzungen nicht überall in gleicher Weise vorhanden sind. Deshalb müssen wir uns durchaus darauf einrichten, daß zunächst nicht ganz Europa an dem Euro, wenn er kommt, partizipieren kann. Entscheidend geht es um die Gewinnung der europäischen Stabilität. Das ist für eine offene Marktwirtschaft und einen freien Wettbewerb mit effizientem Einsatz der Ressourcen entscheidend und für uns deshalb ein wichtiger Punkt.

Nun kann man durchaus sagen, wie es schon festgestellt worden ist, daß der Vertrag von Maastricht im Hinblick auf die Europäische Währungsunion eine ganze Menge erreicht hat. In der Europäischen Union ist die durchschnittliche Inflationsrate nicht nur jetzt außerordentlich niedrig. Man muß sie vielmehr zu dem in Vergleich setzen, was noch Anfang der achtziger Jahre gewesen ist. Damals hatten wir in Deutschland eine Inflationsrate von 6,3% und in Europa eine solche von durchschnittlich 13%. Jetzt haben wir in Europa eine Inflationsrate von nur noch 2,5%. Im jetzigen Frühjahr hatten wir sogar einen Durchschnitt von rund 1,7%. Das ist eine großartige Sache.

Die Stabilitätspolitik war nicht nur in Deutschland erfolgreich, sondern das Stabilitätsdenken - das macht dieses Beispiel deutlich - hat sich in Europa ausgebreitet, wenn auch noch nicht in ausreichendem Maße. Wir stellen fest und weisen immer wieder darauf hin, daß der erreichte Grad der Konvergenz noch nicht genügt, um den Euro generell einzuführen.

Was an Konvergenz erreicht worden ist, ist schon beachtlich. Im realen wirtschaftlichen Bereich sind die Strukturunterschiede - etwa zwischen Bayern und manchem anderen europäischen Land - wesentlich geringer als die zwischen Bayern und etwa dem Saarland. Sie sollten einmal darüber nachdenken, wie Sie die Dinge in den deutschen Ländern, wo Sie regieren, etwas besser voranbringen können.

Lassen Sie mich noch auf folgendes hinweisen. Es geht bei der gemeinsamen Währung auch um Psychologie. Wirtschaft - zumal die Finanzwirtschaft - ist auch ein gut Teil Psychologie. Da hilft es nichts, wenn Sie dem Glauben von Helmut Schmidt anhängen, der meint, in der Eurofrage müsse man auf jeden Fall auf die Exportwirtschaft setzen, ganz gleich, was dann kommt. Dazu will ich Ihnen sagen, daß es von Helmut Schmidt eine alte These gibt. Er hatte zum Ende der siebziger Jahre gesagt: 'Lieber 5% Inflation als 5% Arbeitslose. Dies hat sich als falsch erwiesen; denn er hat in einem hohen Maße beides bekommen. Wenn Sie heute Helmut Schmidt folgen, dann werden Sie beim Euro genau dasselbe erleben. Aber das ist das, was wir nicht wollen.'

Weil wir das nicht wollen, setzen wir darauf, daß der erste Stabilitätspfeiler die völlige Unabhängigkeit der Europäischen Notenbank sein muß. Darauf setzen wir zu Recht. Es wird noch zuviel darüber gesprochen, was man in der Hinsicht alles machen kann und wie man die Notenbank politisch domestizieren könnte. Wir wollen dazu absolute Klarheit. Es ist, auch wichtig, was der Bundesfinanzminister gefordert hat, nämlich mit dem europä-

ischen Stabilitätspakt die Währung auch für die Zukunft zu sichern, damit sich nicht hinterher Dinge einschleichen, die zu einer Weichwährung führen könnten. Diese Realität ist zu berücksichtigen.

Deswegen müssen wir des weiteren darauf achten, daß die Konvergenzkriterien von allen Teilnehmern der Währungsunion exakt, und ohne daß man bestimmte Rechnungen hin oder her anstellt, eingehalten werden. Wenn am Anfang - Herr Staatsminister Prof. Dr. Fallthäuser hat es angesprochen - Schlendrian geduldet wird, ist die Gefahr groß, daß der Stabilitätspakt nicht mehr ernst genommen wird. Wie soll denn in den Folgejahren jemand Strafe zahlen müssen für eine Überschreitung bestimmter Zahlen, wenn er in die Währungsunion zu Bedingungen hat eintreten können, die eigentlich schon von Anfang an solche Strafen erforderlich gemacht hätten?

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Wir sagen ja zu einer europäischen Einheitswährung. Gerade unsere Wirtschaft, vor allem die kleineren und mittleren Betriebe, soll in den Genuß einer gemeinsamen europäischen Währung kommen, weil sie auf diese Weise das Umtausch- und Kursrisiko vermeiden können. Aber wir sagen auch, daß wir den Bürgern und der Wirtschaft ein stabiles Geld in Europa sichern müssen. Das ist für uns eine Frage der Glaubwürdigkeit. An dieser Glaubwürdigkeit lassen wir nicht rütteln.

(Starzmann (SPD): Wir sind doch einer Meinung!)

- Nein, das ist nicht so. Sie verwenden Worthülsen, aber in der praktischen Politik meinen Sie hinterher etwas ganz anderes als wir. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe auf:

### Tagesordnungspunkt 18

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Münzel, Dr. Fleischer, Schammann und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**zur Kennzeichnung gentechnisch nicht veränderter Lebensmittel aus Bayern (Drucksache 13/7430)**

#### - Zweite Lesung -

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Die Redezeit jeder Fraktion beträgt dreißig Minuten. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Sitzung um 18.00 Uhr beendet wird. Sollte die Redezeit ausgeschöpft werden, könnten wir hierzu erst morgen früh abstimmen. Aber vielleicht klappt es heute noch.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Schammann das Wort. Bitte, Herr Kollege.

**Schammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion unseres Gesetzentwurfs im federführenden Landwirtschaftsausschuß war mehr von Polemik als von Argumenten bestimmt.

(Loscher-Frühwald (CSU): Von welcher Seite?)

- Darauf kommen wir noch, Herr Vorsitzender.

Von selten der CSU wurden hauptsächlich folgende Argumente vorgebracht: Das Land Bayern habe keine Kompetenz, ein solches Gesetz zu erlassen. Das stimmt nicht. Zu diesem Argument wurde auch keine Begründung vorgebracht. Dann war von einem „Rohrkrepierer“ die Rede und davon, daß mit der Novel-Food-Verordnung alles bestens geregelt sei. Die SPD mußte noch eins draufsetzen - Herr Starzmann ist hier -: Die Rede war von Verbraucherverunsicherung. Natürlich ist das Gegenteil unser Anliegen und auch der Fall. Gesprochen wurde auch von einem „Morgenthau-Plan“ für Forschung und Entwicklung, wenn denn die Meinung der GRÜNEN zur Gentechnik bei Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion zum Tragen käme. Eine Auflistung weiterer polemisch vorgebrachter Ausflüchte und Ablenkungsmanöver hin zu anderen Themen der Gentechnik, vor allem der Gentechnik in der Medizin, kann ich mir sparen.

Wie gesagt, ist die Diskussion von einem sehr schlechten Stil bestimmt. Dieser Stil macht mir Sorge hinsichtlich der demokratischen Bürgerrechte in diesem Lande. Ich komme später noch einmal darauf.

Anlaß unserer Gesetzesinitiative ist die am 15. Mai verabschiedete Novel-Food-Verordnung, die unserer Meinung nach eine riesige Mogelpackung darstellt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach dieser Verordnung müssen nur etwa 10% - bis 15% - der Lebensmittel, die auf den Markt kommen, die gentechnisch verändert sind oder Bestandteile gentechnisch veränderter Produkte - eventuell auch Produkte aus den Fermentern der Genlabors - enthalten, gekennzeichnet werden. 75% bis 80% der Bevölkerung wünschen sich jedoch keine gentechnisch behandelten Lebensmittel. Über 90% der Verbraucherinnen und Verbraucher wollen zumindest eine Kennzeichnung, damit sie sich entscheiden können, ob sie Novel-Food-Produkte bzw. neuartige Lebensmittel konsumieren oder nicht.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher brauchen Sicherheit und die Möglichkeit der Auswahl, und deswegen brauchen wir die Kennzeichnung. Die Bestimmungen der Novel-Food-Verordnung - es fehlen noch die Ausführungsrichtlinien - berücksichtigen bei der Zulassung neuartiger Lebensmittel die möglichen gesundheitlichen Risiken nicht.

(Zuruf von der CSU: Das stimmt wirklich nicht!)

Die Verordnung ist unklar gefaßt. Wahrscheinlich werden auch die Ausführungsbestimmungen viele Unklarheiten und vor allem Schlupflöcher für die Nahrungsmittelproduzenten und Food-Designer der Chemielabors bestehen lassen. Was die Bevölkerung braucht, ist eine hundertprozentige Kennzeichnung. Deswegen erheben wir diese Forderung in unserer Gesetzesinitiative. Ich hoffe, daß hier und heute ein Meinungsumschwung erfolgt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen die vorgeschlagene Positiv-Kennzeichnung auch für die Sicherung des Marktes am Standort Bayern, für die herkömmliche Landwirtschaft und für die herkömmliche Nahrungsmittelproduktion insgesamt. Es gibt viele Industriebetriebe und Verarbeitungsbetriebe, die sich eine klare Gesetzeslage wünschen, damit sie auf dem Markt entsprechend auftreten können.

Ich habe im Landwirtschaftsausschuß einige zusätzliche Vorschläge eingebracht, die von seiten der CSU und der SPD wohlwollend aufgenommen wurden. Zum Beispiel habe ich vorgeschlagen, daß man die Produktionsverfahren, die Futtermittel und das Saatgut in die Kennzeichnung einbeziehen sollte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen auch eine klare Regelung zum Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft und zum Erhalt einer traditionellen Ernährungswirtschaft in Bayern. Wir wollen kein Essen aus dem Genlabor, und - wie vorhin schon zitiert - eine große Mehrheit der Bevölkerung will das auch nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU - es sind relativ wenig Zuhörer anwesend bei diesem wichtigen Thema - -

(Loscher-Frühwald (CSU): Und, bei den GRÜNEN?)

- Prozentual sind wir sehr gut vertreten.

(Unruhe)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer:** Fahren Sie fort, Herr Kollege.

**Schammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die Zeiten ändern sich, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU. Das zeigen auch die jüngsten Meinungsumfragen zu den Wahlen. Wenn Sie Ihren Kurs beibehalten, werden Sie die Quittung dafür bekommen. Wenn Sie weiter davon ausgehen, daß Volkes Meinung keine Rolle spielt - -

(Zuruf von der CSU: Zum Thema, Herr Kollege!)

- Wir sind beim Thema. Das ist wichtig und gehört zum Thema. Es gehört aber auch zum Stil der Diskussion in diesem Hause und hier vor allem in den Ausschüssen. Bei dieser Gesetzesinitiative haben wir ein Bündnis von

Unterstützern hinter uns. Das wissen Sie ganz genau. Ich kann es Ihnen nicht ersparen, einige Zitate unserer Mitstreiter vorzulesen. So schreibt der Umweltbeauftragte der Evangelischen Kirche:

Das Recht auf ernährungspolitische Selbstbestimmung hat den Rang eines Grundrechtes. Es zu verteidigen bzw. durchzusetzen, ist ein Gebot der Selbstachtung und der Menschenwürde.

Der Umweltbeauftragte der Evangelischen Kirche schreibt weiter:

Nur eine klare Kennzeichnungsregelung gibt der Verbraucherdemokratie mit der Abstimmung an der Ladentheke eine wirkliche Chance.

Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend in Bayern schreibt:

Für den BDKJ Bayern dokumentieren diese Strategien der CSU bzw. der Strategen in Brüssel und in Bonn eine Entmündigung der Verbraucher.

Der Bund Naturschutz schreibt:

Dies entspricht dem ausdrücklichen Wunsch einer überwältigenden Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher und ist ein Beispiel für eine unheilige Allianz zwischen Agrar-Multis, Lebensmittelindustrie und den Entscheidungsträgern in Brüssel, in Bonn und auch hier in München.

Das ist Volkes Meinung, und ich nehme diese Meinungsäußerungen sehr ernst. Wir haben letzte Woche, am 8. Juli, zusammen mit unseren Bündnispartnern 28000 Unterschriften zur Unterstützung unserer Initiative im Bayerischen Landtag an den Präsidenten übergeben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit den Nachläufern dieser Woche sind es sogar über 30000 Unterschriften. Diese Initiative kann man nicht einfach vom Tisch wischen, denn sie hat starke Argumente. Die Unterschriften wurden in nur drei Wochen draußen im Lande gesammelt. Überwiegend handelt es sich um Einzelzuschriften auf Postkarten und weniger um Unterschriftslisten.

(Loscher-Frühwald (CSU): Ohne Aufklärung! - Dr. Weiß (CSU): Auf vorgedruckten Postkarten?)

- Die Aufklärung war auf jeden Fall objektiver als Ihre Argumentation in den Ausschusssitzungen, Herr Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses. Mit beleidigenden Äußerungen, mit Verunglimpfung der Bevölkerung und der Volksmeinung und vor allen Dingen dieser Unterstützerguppen, die ja, wenn ich an die Kirche oder an den Bund Naturschutz denke, durchaus seriöse Gruppen sind - ich hoffe, Sie haben keine andere Meinung -, ist es nicht getan. Sie sollten die Verbraucherinteressen ernst nehmen und sich nicht so verhalten wie im Landwirtschaftsausschuß. Dort wurde nämlich geäußert -



Zitat -, Herr Schammann habe der Kritik am Gesetzesentwurf nichts anderes als den Druck der Straße entgegenzusetzen - diese Äußerung kam, als ich die Parallele mit unseren Tierschutz- und Tiertransportanträgen hergestellt habe -; ihm gehe es offenbar nur um Quantität und nicht um Qualität, und - jetzt kommt der dicke Hund - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN leisteten keine Aufklärung, sondern setzten mehr auf Menschen, die nicht wüßten, worum es gehe. Damit betreibt man Volksverdummung; damit demonstriert man, daß man von Demokratie nichts mehr hält.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Weiß (CSU): Um Gottes Willen! Jetzt hör doch auf!)

Ich hoffe, daß Sie sich aufschwingen können, unsere Initiative doch noch zu unterstützen. Möglicherweise müssen wir, wenn es zur Ablehnung kommt, wieder das Volk bemühen. Wir werden dann ein Volksbegehren auf den Weg bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit Sie sich gleich auf die Volksabstimmung einstimmen können, beantrage ich namentliche Abstimmung über diese Initiative.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer:** Namentliche Abstimmung ist um 16.40 Uhr beantragt. Sie kann frühestens um 16.55 Uhr stattfinden. Jetzt hat Herr Kollege Starzmann das Wort. Bitte, Herr Kollege, ich erteile Ihnen das Wort.

**Starzmann (SPD):** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als erstes möchte ich bestätigen, daß wir die guten Absichten der GRÜNEN absolut teilen. Es ist völlig richtig, wie einer der Unterstützer Ihrer Aktion geschrieben hat, daß der Verbraucher an der Ladentheke die Entscheidung treffen können muß, ob er gentechnisch veränderte Lebensmittel kaufen will oder nicht. Er muß sich absolut darauf verlassen können, daß er aufgrund der Kennzeichnung weiß, was er kauft. Wir glauben auch, daß Sie wirklich mit gutem Willen diesen Gesetzesentwurf eingebracht haben. Auch wir sind nämlich der Auffassung, daß die Novel-Food-Verordnung, die in der Europäischen Union gilt, nicht ausreicht für eine durchgreifende, den Verbraucher letztlich aufklärende Kennzeichnung, ob er es mit einem Lebensmittel zu tun hat, das gentechnisch verändert ist, inwieweit es gentechnisch verändert ist oder ob es sich möglicherweise um ein Lebensmittel handelt, bei dem gentechnische Verfahren zur Anwendung kamen, die am Lebensmittel selbst nicht mehr nachprüfbar sind.

Deswegen ist der beste Weg - wer könnte mir das auch verdenken -, daß Sie einem SPD-Antrag, der vorliegt, aber noch nicht behandelt wurde, zustimmen, in dem wir eine durchgehende, einheitliche Kennzeichnung der gentechnisch - ich sage einmal, in gutem Sinne des lateinischen Wortes - manipulierten Lebensmittel fordert, und zwar einheitlich in ganz Europa, damit der Verbraucher nicht noch auf verschiedenste Labels Rücksicht nehmen und

sich fragen muß: Was schreiben die Italiener darauf? Wissen Sie, wie „gentechnisch verändert“ auf Italienisch heißt? Sie wissen es vielleicht nicht. Der Herr Kultusminister weiß es natürlich; denn er ist ein alter Lateiner, und wenn er es nicht weiß, konstruiert er es sich aus dem Lateinischen. Auch der Papst kann Gentechnik auf Lateinisch sagen. Auf Spanisch oder Tschechisch wissen Sie diese modernen Ausdrücke auch nicht. Wir kommen auf die italienischen Lebensmittel noch zu sprechen.

Wir wollen jedenfalls ein einheitliches Label. Diese einheitliche Kennzeichnung möchten wir genauso wie Sie im Rahmen dessen, was die Novel-Food-Verordnung eröffnet, nämlich für die naturbelassenen, die unveränderten, wie Sie sagen, gentechnikfreien - das ist im übrigen ein unmögliches Wort - Lebensmittel. Auch diese sollen einheitlich gekennzeichnet sein. Lebensmittel, die aus Italien, aus Spanien, aus Griechenland oder von sonst irgendwoher zu uns herkommen, sollen einheitlich gekennzeichnet sein. Sie sollten aber berücksichtigen, daß derzeit 99,9 Prozent unserer Lebensmittel gentechnikfrei sind; ich komme nochmals darauf zurück.

Ich halte Ihren Gesetzesentwurf von der Form, vom Inhalt und von der Zuständigkeit her nicht für gut. Ganz schlecht ist es - das führt uns zu Ihrer Absicht hin, die Sie mit diesem Gentechnik-Antrag eigentlich verfolgen -, wenn Sie eine Aktion mit dem verdummenden Slogan „Gut ohne Gen“ starten wollen. Das ist völlig unsinnig. Das ist dasselbe wie „Strom ohne Atom“. Das ist natürlich griffig, das klingt toll; aber Sie verdummen damit denjenigen, dem Sie weiterhelfen wollen. ,

Darüber hinaus ist die Information „gentechnikfrei“ ohnehin eine sehr zweifelhafte; denn der Verbraucher möchte zum Beispiel schließlich wissen, was über diese Gentechnik denn passiert ist. Es ist nicht sinnvoll, „gentechnisch verändert“ zu schreiben. Wenn in ein Lebensmittel ein Eiweiß der Paranuß mittels Gentechnik hineingekommen ist, dann interessiert dies den Paranuß-Allergiker sehr, aber alle anderen überhaupt nicht. Was machen Sie denn, wenn in einem solchen Lebensmittel eine Pflanze mitverarbeitet wurde, die streptomycinresistent war? Wenn Sie noch genauer sind, sagen Sie dem Verbraucher: gentechnisch verändert, enthält Eiweiß einer Pflanze, die streptomycinresistent ist. Aha, sagen Sie dann, aber Sie kaufen das Produkt nicht, weil Ihnen der Ausdruck streptomycinresistent so unanständig vorkommt.

Wenn Sie bei der besten bayerischen Walderdbeere den chemischen Ausdruck für das Allergen dieser bayerischen gentechnikfreien Walderdbeere hinzuschreiben würden, dann würde es Ihnen grausen, so schlecht klingt dieser Ausdruck, und deswegen würden Sie sie möglicherweise auch nicht essen.

Wir wollen also Information, aber nicht das Schlechtmachen irgendeiner Gruppe von Lebensmitteln. Was Sie aber ausnutzen, ist eine diffuse Ablehnung der Gentechnik bei Lebensmitteln durch die Bevölkerung.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese ist berechtigt. Dies muß auch jedem freistehen, da stimme ich Ihnen voll zu, so ähnlich, wie jeder evangelisch oder katholisch sein darf. Er darf frei darüber entscheiden, ob er gentechnisch veränderte Lebensmittel essen will oder nicht.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie nutzen diese diffuse Ablehnung aber aus. Vermutlich werden Sie zu diesem Ausnutzen auch nicht lange stehen können.

Ihr Gesetzentwurf ist formal und inhaltlich falsch. Inhaltlich ist er schon deswegen falsch, weil Sie den Weg gehen, 99,9 Prozent der Lebensmittel, die bisher den Normalfall darstellen, durch die Kennzeichnung, die die Novel-Food-Verordnung zwar ermöglicht, die ich aber für einen ausgesprochenen Ausnahmefall halte, sozusagen zum Sonderfall zu erklären. 99,9 Prozent der Produkte auf der Ladentheke könnten heute theoretisch Ihr Zeichen bekommen; ich komme noch dazu, daß sie es in der Praxis nicht bekommen. Nach Ihrem Vorschlag können Sie gerade die Lebensmittel aus Ihren ökologischen Betrieben nicht mehr kennzeichnen; ich werde Ihnen das noch erklären. Sie wollen also den Normalfall zum Sonderfall machen.

Ihr Gesetzentwurf ist auch formal falsch. Das Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz der Bundesrepublik Deutschland regelt die Sache abschließend. Wir in Bayern haben gar keine Kompetenz.

(Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Wenn wir wollen, schon!)

- Nein, ein Bundesgesetz, das einen Sachverhalt in konkurrierender Gesetzgebung abschließend regelt, können Sie in Bayern nicht ergänzen. Die Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung möchte eine qualitätsbezogene Unterscheidung zu anderen Lebensmitteln. Nun stellt sich die Frage, ob dieses „Gentechnisch verändert, aus Bayern“ oder „Gentechnikfrei“ im Sinne einer Qualitätsbezeichnung überhaupt etwas aussagt. Ich sagte bereits nein, denn die Allergene erfassen Sie damit nicht.

Letztlich erlaubt es die Novel-Food-Verordnung der Europäischen Union nicht, ein auf Bayern bezogenes Kennzeichen zu entwerfen. Ich möchte ein solches Kennzeichen auch dem Verbraucher nicht zumuten, denn ich möchte nicht, daß er darauf achten muß, ob auf dem Lebensmittel das bayerische, das baden-württembergische, das hessische, das toskanische oder das Kennzeichen aus dem schottischen Hochland für „gentechnikfrei“ steht.

Inhaltlich bietet das von Ihnen vorgeschlagene Kennzeichen keine Aussage über die Qualität. Überprüfbar ist das Verfahren, das Sie vorschlagen, überhaupt nicht, denn Sie schlagen nur vor, daß der Hersteller des Lebensmittels nur glaubhaft machen muß, daß die Bestandteile gentechnikfrei sind, oder daß er sie selber überprüfen muß. Hier setzt es bei mir völlig aus. Wenn ich schon eine größere Sicherheit für den Verbraucher haben will, darf ich nicht dem Hersteller eines Lebensmittels auch noch die Überprüfung dafür übertragen, daß er das Zeichen auch

verwenden darf. Damit sind Prüfer und Verwender in einer Person, und das ist schon rein technisch absolut falsch.

Andererseits wird die Überprüfung sehr teuer sein, weil Sie noch gar keine Verfahren dazu haben. Zum Teil sind die Verfahren so teuer, daß der Biobauer seine Lebensmittel gar nicht überprüfen lassen kann, weil er nicht die finanziellen Mittel dafür hat, seine Lebensmittel überprüfen zu lassen, um den Stempel dafür zu bekommen. Denken Sie nur an den guten bayerischen Honig. Wenn die Biene kurzfristig über ein Rapsfeld mit gentechnisch verändertem Raps fliegt und aus diesem Rapsfeld Honig einsammelt, stellt sich die Frage, ob dieser Honig dann gentechnisch verändert ist oder nicht. Die Überprüfung dürfte also ausgesprochen schwer werden.

Hinzu kommt, daß Sie auch den Landwirten keinen Gefallen tun. Die Ökobauern können heute für sich feststellen, daß die Lebensmittel ihrer fünf Anbauverbände absolut gentechnikfrei sind. Wenn Sie jetzt ein zusätzliches Lebensmittelkennzeichen „Gentechnikfrei aus Bayern“ einführen wollten, steht der Verbraucher anders, als Sie es wollten - vor der Ladentheke und fragt sich, was besser ist, Öko-Lebensmittel oder herkömmliche, aber gentechnikfreie Lebensmittel. Sie tragen also eher noch zur Verwirrung bei.

Nun möchte ich Ihnen noch einmal die absolute Verwirrung, die nach Ihrem Kennzeichenvorschlag und Ihrem handwerklich so miserablen Gesetzentwurf entstehen würde, ganz drastisch vorführen. Da gibt es beispielsweise im tiefsten Bayern - nehmen wir einmal die Arbeitsheimat Ludwig Thomas, das Dachauer Hinterland - einen Müslimischerbetrieb. Dieser Müslimischer kauft den Inhalt seines Produktes aus verschiedenen Ländern, den Zucker aus Nordrhein-Westfalen, den Kakao aus Surinam.

(Schammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Dazu zwingt ihn nur der Starzmann!)

Nein, er tut das. Sie werden auch sehen, warum er das tut. Er will nämlich mit Ihnen kooperieren, weil Sie das Zeichen eingeführt haben. Deswegen kauft er Kakao aus Suriname, Leinsamen aus Schleswig-Holstein, getrocknete Bananen aus der Karibik und Apfelscheiben aus Südtirol. Dann aber will er „boarisch“ sein und kauft den „Habern“,

(Kobler (CSU): Für den Stenographen -  
Hafer!)

also nicht bei uns, sondern in Frankreich, den „Kukuruz“ oder den Mais in den USA und die Zibeben oder die „Weinbeerln“ in der Türkei. Er mischt das Müsli aber nach den Vorgaben des Gesetzentwurfes, weil sein Betriebsstandort in Bayern, nämlich im Dachauer Hinterland liegt. Kein Bestandteil kommt aus Bayern, aber nach Ihrem Gesetzentwurf bekommt das Müsli das Kennzeichen „Gentechnikfrei aus Bayern“, weil es in Bayern zusammengemischt ist. Ich habe Ihnen gesagt, daß ein solches Kennzeichen den Verbraucher verwirrt. Jetzt darf ich wie im Landwirtschaftsausschuß auch hier noch einmal die Diktion Ihres Freundes und des auch von mir sehr sympa-

thisch empfundenen Sepp Daxenberger verwenden: Sie verwirren den Verbraucher nicht, Sie verscheißern den Verbraucher, hätte Daxenberger gesagt.

(Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei der SPD und der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer:** Das war zuletzt sicher ein bayerischer parlamentarischer Ausdruck. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Gröber. Ich erteile Ihnen das Wort.

**Dr. Gröber (CSU)** (vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, daß ich in diesem Falle als Dritter reden darf, denn ich muß Ihnen, Herr Starzmann, ein Kompliment machen. Sie haben sich innerhalb eines Jahres vom Saulus zum Paulus gewandelt.

(Starzmann (SPD): Komplimente von der falschen Seite habe ich nicht gerne!)

Ich glaube, Sie sind mit der SPD rechtzeitig auf den richtigen Weg, nämlich auf den Weg in die Zukunft gekommen. Ich komme noch darauf zurück.

Wir sollten hier nicht den Vorwurf im Raum stehen lassen, wir hätten im Landwirtschaftsausschuß den Problemen nicht Rechnung getragen. Dazu haben Sie Ihren Teil beigetragen und ich den meinen auch.

Die juristischen Probleme sind nur ein Teil. Die wesentlichen Probleme bestehen im Nachweisverfahren. Wir wissen, daß die Prüfverfahren letzten Endes nicht ausreichen, um absolute Sicherheit zu erzielen. Sie haben heute als Beispiel erwähnt, daß Bestandteile wie Zucker importiert werden. Wir wissen aber ganz genau, daß gentechnische Veränderungen im Zucker nicht nachgewiesen werden können. Deshalb können Sie auch von niemandem verlangen, daß er diesen Nachweis erbringt. Wir wissen, daß zum Beispiel die Kartierung der Gensequenzen und ähnliches, was für ein korrektes Prüfverfahren Voraussetzung ist, überhaupt nicht möglich ist.

Rein aus der Wiedergabe des Berichtes aus dem Landwirtschaftsausschuß und aus dem Umweltausschuß können wir feststellen, daß der Gesetzentwurf in allen Ausschüssen fachlich diskutiert und immer mit großer Mehrheit abgelehnt wurde.

Man sollte aber auch den politischen Hintergrund erwähnen. In den Debatten ist ganz klar zum Ausdruck gekommen, daß damit der Wahlkampf eingeleitet werden soll. Ich zeige Ihnen die entsprechenden Broschüren. Darin wurde darauf hingewiesen, daß mit diesem Gesetzentwurf ein ökologisches Harakiri veranstaltet werden soll. Herr Weigert vom Bund Naturschutz und die Ökoverbände sagen, Gentechnik wird zum Wahlkampfthema. Wir wissen, worauf wir uns einzustellen haben. Wir sind Ihnen aber auch zu Dank verpflichtet, denn wenn wir versuchen, unserer Bevölkerung die Zukunft in der Nahrungsmittelindustrie darzustellen, haben wir eine relativ schlechte Presse. Wenn Sie bestimmte Probleme dage-

gen brandmarken, haben Sie immer eine bessere Presse. Wir werden deshalb Ihr Presseforum und das noch verbleibende Jahr bis zur Wahl nützen, um die Bevölkerung darüber aufzuklären, worum es geht.

Unser Kronzeuge ist Ihr Molekularbiologe, Herr Kiper, der es für falsch hält, bei den Leuten Panik zu verursachen. Auf den Feldern wachsen keine Horrorpflanzen. Herr Kiper hat es deutlich gesagt. Sie gehen an den Fakten vorbei.

Ich kann auf eine Medizinzeitung hinweisen, wonach in diesem Jahr etwa 4 Millionen Hektar mit der Roundup-resistenten Züchtung von Soja-Monsanto in Amerika beidient werden. Wir wissen, daß Amerika fast ein Monopol auf Sojapflanzen hat und daß die Veränderung von Produkten aus Soja in der Nahrungsmittelindustrie äußerst problematisch wird, denn fast 30000 Produkte entstehen schon auf der Basis von Soja.

Sie wissen ganz genau, daß wir nur eine Chance haben, um die Bevölkerung über die Qualität gentechnisch veränderter Lebensmittel aufzuklären. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß diese Lebensmittel ihre Qualität behalten, und nur damit können wir in die Zukunft gehen, nicht aber mit der Verängstigung. Wir wissen genau, daß wir nur bei einem ganz bestimmten Bruchteil von Produkten eine gentechnische Veränderung nachweisen können. Ich habe Zucker schon erwähnt. Ich darf auch auf eine Aussage des Bundesverbandes für gesundheitlichen Verbraucherschutz hinweisen, in der ganz klar dargelegt ist, daß nur das gekennzeichnet werden kann, was effektiv als gentechnisch verändert nachgewiesen werden kann. Alles andere wäre eine Verdummung unserer Bürger, und das wollen Sie offensichtlich haben.

(Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Die sollen selbst entscheiden können!)

Ich komme auf Ihre Kampagne zu Coca Cola - völlig widersprüchlich und völlig - -

(Unruhe)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Fischer:** Es ist so unruhig, daß man die Rede von Herrn Kollegen Dr. Gröber fast nicht verstehen kann. Ich bitte Sie, sich hinzusetzen.

**Dr. Gröber (CSU):** Sie haben von unserer Diskussion völlig unwahr berichtet. Ich kann Ihnen das Beispiel nennen. Ich bin froh darüber, daß die Firma Coca Cola eine Erklärung abgegeben hat, wonach sie für die europäische Produktion nur in Europa produzierten Rübenzucker nimmt. Diese Erklärung haben wir zu akzeptieren, und ich glaube sie auch. Coca Cola kann den laborchemischen Nachweis nicht bringen, weil sich der reine Zucker durch nichts von dem aus gentechnisch veränderten Rüben unterscheidet. Man kann aber nicht ausschließen, daß er noch hochwertiger ist.

Wir kennen zig andere Beispiele, zu denen Sie immer wieder sagen können, daß nur dort hergestellt werden darf, wo effektiv nachvollzogen werden kann, daß gentechnisch verändert ist. Sie zwingen viele in eine schwie-

rige Situation. Ich nehme das Beispiel der Firma Kraft. Es geht um die Schokolade. Der Firma wurde versichert, daß Lecithin nicht gentechnisch verändert ist. Lecithin ist bei uns nicht kennzeichnungspflichtig. Lecithin wurde in einem sehr diffizilen Verfahren in der Schokolade trotzdem nachgewiesen. Der Hersteller saß einer Erklärung des Zulieferers auf. Er hat 200 Tonnen Schokolade zurückgenommen. Was, meinen Sie, wäre passiert, wenn er auf dieser Erklärungsbasis versucht hätte, ein Qualitätssiegel zu bekommen und mit der eidesstattlichen Erklärung wortbrüchig geworden wäre? Wir kommen nicht darum herum, die Dinge beim Namen zu nennen.

Ich glaube, wir sollten eines noch einmal deutlich machen: Die GRÜNEN befinden sich im vollen Rückzugsgefecht und versuchen das, was sie früher angegriffen haben, nämlich Kreuzungen und Züchtungen, heute als der Weisheit letzter Schluß hinzustellen. Herr Schammann, hätten Sie den „Spiegel“ 15/97 gelesen, hätte sich Ihr Gesetzentwurf erübrigt.

(Kamm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie was Sie reden?)

In diesem „Spiegel“ wurde so deutlich wie noch nirgends über das Thema berichtet. Ich kann Ihnen allen diese Lektüre empfehlen, wenn Sie eine umfangreiche und sachliche Abhandlung haben wollen. Besorgen Sie sich diese Nummer. Das ist fast eine Dokumentation. Hier ist deutlich formuliert - worüber die Pflanzenzüchter gar nicht gerne reden -, daß bisher nicht genügend für die genetische Vielfalt getan wurde. Seit den sechziger Jahren beschießen sie deshalb Saatkörner mit Gammastrahlen und Neutronenstrahlen, um auf diese Weise künstliche Mutationen herzustellen. Auch erbgutverändernde Chemikalien werden eingesetzt.

**Erster Vizepräsident Hiersemann:** Herr Kollege Dr. Gröber, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Hartenstein?

**Dr. Gröber (CSU):** Ich möchte erst meinen Vortrag zu Ende bringen, dann können Sie gerne reden.

(Zurufe)

Für Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, ist es sehr unbequem, daß Ihr letztes Refugium, die normale Züchtung, fachlich in Frage gestellt wird.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir wissen heute, daß die Kreuzungen, die durch Bestrahlung und anderes entstehen, beachtenswert sind. Von den Züchtern hat einer ganz salopp gesagt: „Das größte Versuchslabor wäre die Umgebung von Tschernobyl, und wir werden versuchen, das Richtige zu übernehmen.“ Das ist eine makabre Formulierung, aber wir haben heute Produkte, die keiner Überprüfung unterliegen. Ich kann Ihnen im Detail sagen, wie deutlich das der „Spiegel“ formuliert. Es heißt:

Nicht abarbeiten müssen diese gezüchteten Sorten hingegen alle jene langjährigen Untersuchungen, die bei Gen-Gewächsen vorgeschrieben sind.

(Allgemeine Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Toxikologische, allergologische Tests, Fütterungsversuche, Eiweißanalysen - bei dem Soja muß das alles gemacht werden. Ich stelle die Gegenfrage: Wie lange lassen wir es noch zu, daß eine hochwertige und fachliche Kreuzung und ein gezielter Genaustausch unter diesen Kriterien von Ihnen diskriminiert wird und andere Dinge, die immens teuer sind und zuwenig bringen, von Ihnen hochgezogen werden? Das kann man nicht akzeptieren.

Ich muß Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren, noch eines sagen. Sie schauen nicht einmal über unsere nächsten Landesgrenzen. Ich nenne Ihnen Herrn Eichel, Chef einer rot-grünen Koalition, als Beispiel. Hessen liegt mit Bayern in schärfster Konkurrenz um die gentechnologischen Standorte. Er hat sich als Ministerpräsident durch seine Kampagne klar zur Gentechnik bekannt. Er hat eine gentechnisch veränderte Tomate gegessen und sich zum Entsetzen der GRÜNEN klar zur Gentechnik bekannt. Ich muß Ihnen sagen: Sie sind nicht mehr auf der Höhe der Zeit.

Ich setze ein Letztes drauf: „Gut statt Gen“. Wissen Sie, was wir erreichen können? - Wir haben von der Paranuß geredet. Sie beschreiben, daß wir Allergene durch die Übertragung von einer Pflanze auf die andere in ein Produkt einführen. Darum geht es nicht. Es geht vielmehr darum, daß die Paranuß allergen ist, und daß die Kiwi allergen ist. Da wurde nichts mit Gentechnik gemacht. Wir können in Zukunft aber vermutlich eine Paranuß züchten, die das Allergie-Gen nicht mehr enthält, und wir können einen Reis herstellen, der Vitamin-A-Säure und Vitamin A enthält. Wir können verschiedene andere Allergene herausnehmen, und wir können nur damit der Zukunft gerecht werden. Wir wissen, daß die normale Kreuzung eines Saatgutes etwa 1 Million DM kostet und dreimal so lange dauert wie ein Versuch auf gentechnischer Basis.

Ich frage Sie: Wollen Sie weiterhin Ihr Kampfwort „Gut statt Gen“ aufrechterhalten, wenn ich Ihnen nachweisen kann, daß wir nicht nur in der Medizin, sondern auch bei Nahrungsmitteln durch gezielte Aufklärung und gezielte Arbeit die Zukunft gestalten können? Was Sie machen, ist eine bewußte Irreführung durch eine nicht mögliche Gesetzgebung, durch eine nicht mögliche Kennzeichnung, anstatt mit uns offensiv den richtigen Weg zu gehen.

Herr Schammann, ich sage Ihnen noch eines: Ich war über die Coca-Cola-Kampagne sehr verärgert. Das war hinterfotzig. Sie wollten die Hersteller gegen die Verbraucher und die Politiker, gegen uns, aufhetzen. Am Rande der letzten Diskussion habe ich Sie gefragt: „Herr Schammann, wie lange wollen Sie die Sache noch durchziehen? Denn alle anderen GRÜNEN kippen.“ Sie haben geantwortet - ich will das ganz deutlich sagen -, die müßten bis zur nächsten Wahl durchhalten. Das ist das,

was Sie wollen. Sie wollen irgendwo Wind machen, Leute aufhetzen und an der Realität vorbeigehen.

(Beifall bei der (CSU))

**Erster Vizepräsident Hiersemann:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Schammann.

**Schammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Lieber Herr Dr. Gröber, zu Ihren letzten Bemerkungen haben Sie vergessen hinzuzusetzen, daß ich gesagt habe, wir hielten das bis zur Wahl und darüber hinaus aufrecht, und wir wüßten, daß wir auf einem guten und auf einem Weg seien, der nicht riskant sei.

Das Flugblatt „Gut statt Gen“ stammt nicht von uns. Den Inhalt kann man zu großen Teilen unterschreiben. Unsere Losung könnte auch heißen: „Förderung von natürlichen Möglichkeiten statt Zombiezüchtungen.“ Das ist eine Risikotechnologie, und es wird nicht hingeschaut, wo die möglichen Risiken liegen.

Beide Vorredner, Herr Starzmann und Herr Dr. Gröber, haben gefragt, wie die im Gesetzentwurf vorgesehene Kennzeichnung kontrolliert werden solle. Dazu möchte ich zurückfragen: Wie kann man so verantwortungslos sein und Lebensmittel zulassen, ohne kontrollieren zu können, was im Spiel war und was darin ist?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist verantwortungslos. Deswegen müssen wir das unterbinden. Jeder Hersteller, der ein Produkt auf den Markt bringt, muß ein entsprechendes Nachweisverfahren liefern, sonst darf das nicht zugelassen werden. So wird ein Schuh daraus.

Auf die billigen Ablenkungsmanöver zum medizinischen Bereich möchte ich nicht eingehen.

Herr Dr. Gröber, Sie haben die USA gelobt, weil dort in diesem Jahr auf 4 Millionen Hektar Gen-Soja angebaut wird. Haben Sie sich denn auch erkundigt, wie das dort abläuft? Die Farmer in den USA bekommen das Saatgut von Monsanto erst ausgehändigt, wenn sie den Nachweis erbracht haben, daß sie vorher das Gift, das Roundup, gekauft haben. Wegen der Patentierung des Verfahrens bestimmt Monsanto dann auch noch mit, an wen und zu welchem Preis sie ihre Produkte verkaufen dürfen. Wollen Sie das unserer Landwirtschaft zumuten?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für mich bedeutet Gentechnik in Landwirtschaft und Ernährung eine Abwägung von Vor- und Nachteilen. Ich lasse mir nicht unterstellen, wie Sie es gerne tun, wir wären so borniert, daß wir nur schwarzsehen und technikfeindlich sind.

Aber ich lasse mir nicht unterstellen, daß wir nur Angst und Panik vor Fortschritt und vor Neuerungen haben. Dem ist bei weitem nicht so. Ich stelle allerdings die Vor- und Nachteile gegenüber: keine Kontrollierbarkeit, laufende Verletzung der Patentvorschriften bzw. Verletzung der Zulassungsverfahren beim In-Verkehr-Bringen der neu-

artigen Nahrungsmittel - Beispiel Sojabohnen. Die Studie des österreichischen Umweltbundesamtes hat eindrucksvoll nachgewiesen, daß eine mögliche Gesundheitsgefährdung nicht berücksichtigt wurde, daß auch Sojabohnen untersucht wurden, die überhaupt nicht gentechnisch verändert worden waren und die auch nicht dieses Roundup bekommen hatten. Wenn diese Praxis Schule macht, dann gute Nacht, Verbraucherinnen und Verbraucher hier in diesem Lande!

Diese Patentierungspraxis zieht eine Abhängigkeit der Verbraucherinnen und Verbraucher, vor allen Dingen aber der Landwirte in der Dritten Welt nach sich. Sie wird gewaltige Monopole schaffen und für die multinationalen Konzerne in einigen Jahren die Möglichkeit eröffnen, große Teile des Lebensmittelweltmarktes zu beherrschen. Dies muß verhindert werden. In der von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studie des Schweizer Prognos-Institutes kam eindeutig zum Ausdruck, daß Gentechnik wesentlich mehr Arbeitsplätze vernichten als neu schaffen wird. Gentechnik ist eine Rationalisierungstechnik, die über weite Strecken auch eine Substitutionstechnologie ist. Es ist, heute schon mehrmals angedeutet worden, daß natürliche Produkte durch Kunstprodukte ersetzt werden. Daher muß ich sagen: Ein eindeutiges Nein zu dieser Technologie. Wir wollen das nicht, wir brauchen das nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bitte, nennen Sie mir einen Verbraucher, der einen Vorteil davon hat, daß die Zuckerrübe gentechnisch manipuliert war. Es gibt nämlich keinen Vorteil. Wieso muß man dann in diese Risikotechnologie noch tiefer einsteigen und vor allen Dingen - wie Sie das wollen - blind hineinspringen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach Abwägung der Vor- und Nachteile muß ich ganz einfach sagen: Ein eindeutiges Nein zur Gentechnik in Landwirtschaft und Ernährung. Wir wollen die bäuerliche Landwirtschaft erhalten.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wir wollen das traditionelle Nahrungsmittelgewerbe erhalten und damit auch Arbeitsplätze sichern und den Verbraucherinnen und Verbrauchern für absehbare Zeit gesunde und sichere Lebensmittel bieten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Hiersemann:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Starzmann.

**Starzmann (SPD):** Herr Kollege Schammann, wir müssen Ihnen alle miteinander recht dankbar sein für Ihre letzten Worte. Denn jetzt haben Sie die eigentliche Triebfeder Ihres Gesetzentwurfes erkennen lassen. Sie haben hier erklärt: Nach Abwägung aller Gesichtspunkte kämen Sie zu einem eindeutigen Nein zur Gentechnik. Wenn Sie das wollen, stellen Sie einen entsprechenden Antrag. Der müßte dann lauten: Der Bayerische Landtag schließt sich

den GRÜNEN an und will ein eindeutiges Nein zu Gentechnik.

(Beifall bei der SPD und der CSU - Zuruf des Abgeordneten Schammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Verstecken Sie aber Ihre Meinung, die Sie durchaus haben können, nicht hinter einem gefinkelten Gesetzentwurf mit einem Label, das Sie von „Qualität aus Bayern“ abzeichnen, einem Label, dessen Gestaltung Sie von der Staatsregierung übernommen haben, nämlich „Gentechnikfrei aus Bayern“, das mit Ihrer prinzipiellen Ansicht gar nichts zu tun hat.

(Wortmeldung des Abgeordneten Hartenstein (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Herr Hartenstein, lassen Sie mich noch ein paar Gedanken zu Ende führen. Sie haben sich offenbart, indem Sie darüber gesprochen haben, daß Sie Angst haben vor landwirtschaftlichen Monopolen, vor multinationalen Konzernen oder vor Arbeitsplatzverlust durch Gentechnik. Das sind Ihre Triebfedern. Ich muß Ihnen sagen: Zu alledem gibt es Gegenpositionen. Ich beispielsweise bin der Meinung, daß es absolut segensreich ist, daß wir Insulin durch die Gentechnik mit weniger Leuten und schneller herstellen können und daß den Menschen dadurch geholfen ist.

(Beifall bei der CSU)

Dadurch sind natürlich Arbeitsplätze weggefallen, aber den Menschen wurde dadurch geholfen.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Nein. Er hat gesagt, daß durch die Gentechnik, die er im Prinzip ablehnt, Arbeitsplätze wegfallen.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: In der Landwirtschaft!)

- Er hat aber gesagt: in der Gentechnik.

(Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt will ich dazusagen: Hinsichtlich der Landwirtschaft hat er andere gedankliche Fehler gemacht, die ich auch noch aufzähle. Er hat von den Risiken bei gentechnisch manipulierten Lebensmitteln gesprochen. Ich füge noch einmal hinzu: Jeder soll sie kaufen können oder nicht; jeder muß Bescheid wissen, wie ein Lebensmittel zusammengesetzt ist. Aber wer behauptet, daß ein gentechnisch verändertes Lebensmittel auf seine Risiken weniger geprüft sei als ein anderes Lebensmittel, der täuscht sich. In Deutschland wurde ohne jede Prüfung eine Stachelbeer-Johannisbeer-Kreuzung hergestellt, von der Sie überhaupt nicht wissen, wie der Mensch darauf reagiert, welche Allergene sie beispielsweise enthält. Sie wurde nicht geprüft. Es gibt anerkanntermaßen kein intensiveres Lebensmittelprüfungsverfahren als das von gentechnisch veränderten Lebensmitteln. Aber ich sage dazu: Trotzdem muß man sie nicht wollen. Da haben Sie

recht. Aber Ihre Triebfeder war es, eine falsche Behauptung in die Welt zu setzen.

Außerdem ist es gedanklich völlig falsch, wenn Sie uns unterstellen, wir wüßten nicht, was im Zucker enthalten ist, wenn wir davon sprechen, es sei nicht kontrollierbar, ob der Zucker aus einer gentechnisch veränderten Zuckerrübe oder aus einer herkömmlichen Zuckerrübe stammt. Das ist doch - entschuldigen Sie den Ausdruck - ein absoluter Schmarrn. Wir wissen, daß der eine Zucker so aussieht wie der andere Zucker. Und wir wissen, was in dem einen Zucker enthalten ist und was in dem anderen Zucker enthalten ist. Aber keiner kann sagen, welcher Zucker von welcher Zuckerrübe stammt. Deswegen können Sie Zucker verkaufen und hundertmal darauf schreiben „gentechnikfrei“. Niemand wird aber den Nachweis liefern können, daß es anders ist.

(Beifall bei der CSU)

Dann sagen Sie, das Problem sei die Verletzung des Zulassungsverfahrens. Das ist doch wieder ein anderes Thema. Dann gehen Sie doch vor gegen die Verletzung des Zulassungsverfahrens! Sie haben ja so häufig Anträge gestellt, weil Sie - zum Beispiel, beim Mais - meinen, das Zulassungsverfahren sei verletzt. Aber diese Anträge stellen Sie alle unter die Überschrift „Nein zur Gentechnik“. Ich erwarte von Ihnen, daß Sie sagen: Hier ist das Zulassungsverfahren in diesem und jenem Punkt verletzt, und das wollen wir uns nicht gefallen lassen. - Wenn Sie dies täten, würden wir mit Ihnen stimmen. Aber so ist es nicht.

Sie haben sich hier offenbart: Ihr Gesetzentwurf ist inhaltlich falsch, ist in der Form falsch, ist nicht zulässig, und er bringt eher Verschlechterungen als Verbesserungen für den Verbraucher.

(Beifall bei der SPD und der CSU)

**Erster Vizepräsident Hiersemann:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegt der Initiativgesetzentwurf auf Drucksache 13/7430. Der federführende Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt die Ablehnung des Gesetzentwurfes. Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, der möge mit Ja stimmen, wer ihn ablehnen will, der möge mit Nein stimmen. Stimmenthaltungen sind klar. Die Ja-Urne steht auf Seiten der Opposition, die Nein-Urne auf Seiten der Regierungsfraktion, die Enthaltung-Urne auf dem Stenographentisch.

Mit der Stimmgabe kann jetzt begonnen werden. Die fünf Minuten laufen jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 17.18 bis 17.23 Uhr)

Die Abstimmung ist beendet. Die Auszählung erfolgt außerhalb des Plenarsaals. Das Ergebnis wird später

bekanntgegeben. Ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen. - Das gilt auch für Abgeordneten Zehetmair.

Ich rufe auf:

### Tagesordnungspunkt 26

#### Mandatsverzicht

Abgeordneter Raimund Kamm hat heute zur Niederschrift erklärt, daß er mit Ablauf des 31. Juli 1997 auf sein Landtagsmandat verzichtet. Nach Artikel 55 Absatz 3 des Landeswahlgesetzes hat über den Verzicht auf die Mitgliedschaft der Landtag abschließend Beschluß zu fassen. Wer mit dem Verzicht des Kollegen Kamm auf seine Mitgliedschaft einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Das sind zwei Stimmen aus den Reihen der CSU, 1 Stimme aus den Reihen der SPD, Herr Abgeordneter Kurz und 2 Stimmen aus den Reihen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Ich stelle fest, daß Abgeordneter Raimund Kamm mit Ablauf des 31. Juli 1997 wirksam auf sein Mandat verzichtet hat. Herr Kollege, ich danke Ihnen für die im Bayerischen Landtag geleistete Arbeit und wünsche Ihnen für Ihre neuen Aufgaben viel Erfolg und für Ihren weiteren Lebensweg alles Gute. Ich füge für mich persönlich hinzu: Sie werden mir fehlen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe gemeinsam auf:

### Tagesordnungspunkt 70

#### Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Alois Glück, Dodell, Aigner und anderer und Fraktion (CSU)

**Ausbildungsjahr 1997 vorbereiten - Förderung benachteiligter Jugendlicher weiter gewährleisten (Drucksache 13/8484)**

### Tagesordnungspunkt 71

#### Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Renate Schmidt, Werner-Muggendorfer, Radermacher und Fraktion (SPD)

**Ausbildungssituation 1997/98 - Gesamtprogramm für benachteiligte Jugendliche (Drucksache 13/8490)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Redezeit beträgt pro Fraktion 20 Minuten. Herr Kollege Pschierer hat das Wort.

**Pschierer (CSU):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Beide Anträge greifen das Thema der auf dem Ausbildungsmarkt benachteiligten Jugendlichen auf. Ich brauche nicht eigens zu betonen, wie schwierig die Situation auf dem Ausbildungsmarkt derzeit insgesamt ist. In einer Zeit, in der es schon für viele normale Jugendliche

schwer ist, einen adäquaten Ausbildungsplatz zu finden, ist es gerade für behinderte und lernschwache Jugendliche besonders schwer, auf dem angespannten Arbeits- und Ausbildungsplatzmarkt einen Platz zu finden.

Derzeit bleiben 10 bis 15% eines Altersjahrgangs ohne Ausbildung. Wir wissen, daß von 100 Arbeitslosen in diesem Lande rund 40 Arbeitslose keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Das verdeutlicht die Brisanz dieses Themas. Wir müssen gerade den lernschwachen und benachteiligten jungen Damen und Herren eine Ausbildung ermöglichen.

(Unruhe)

Ich möchte die Schwerpunkte unseres Dringlichkeitsantrages kurz skizzieren. Wir wollen, daß den benachteiligten Jugendlichen Fördermaßnahmen zugute kommen. Bisher gab es berufsbegleitende Bildungsmaßnahmen in überbetrieblichen Einrichtungen sowie ausbildungsbegleitende Hilfen zur Lebensbewältigung. Diese Maßnahmen wurden bisher von der Bundesanstalt für Arbeit als Ermessensleistung im Rahmen der jeweils verfügbaren Haushaltsmittel finanziert.

(Unruhe)

Wegen der angespannten Finanzsituation drohen hier Kürzungen. Wir müssen diese Kürzungen vermeiden und den Erhalt der Finanzierung der Fördermaßnahmen für benachteiligte und lernbehinderte Jugendliche sichern.

(Fortgesetzte Unruhe)

**Erster Vizepräsident Hiersemann:** Ich bitte darum, daß etwas mehr Ruhe einkehrt. - Bitte, Herr Kollege.

**Pschierer (CSU):** Es geht dabei nicht um gewaltige finanzielle Größenordnungen. Im Arbeitsamtsbezirk Augsburg beispielsweise umfaßt der Gesamthaushalt jährlich eine Milliarde; nur 25 Millionen DM fallen für diese Aufgaben an. Wir meinen, daß das gut angelegte Geld ist, das weiterhin zur Verfügung gestellt werden soll.

Ein weiterer Kernpunkt unseres Dringlichkeitsantrags ist die Einhaltung von Qualitätsstandards bei den Fördermaßnahmen. Wir wollen kein Preisdumping bei den Fördermaßnahmen, sondern Fördermaßnahmen von Trägern, die dazu qualitativ in der Lage sind. Maßstab hierfür ist für uns das Anforderungsprofil der Bundesanstalt für Arbeit an Einrichtungen der beruflichen Bildung. Hier gibt es einen ganz klar definierten Kriterienkatalog. Wir wollen nur solche Träger zum Zuge kommen lassen, die diesem Anforderungsprofil gerecht werden.

Des weiteren möchten wir mit unserem Dringlichkeitsantrag so viele Kooperationsmodelle mit Betrieben wie nur irgend möglich, und wir möchten vor allem, daß bestimmte ausbildungsbegleitende Hilfen und Fördermaßnahmen jeweils vom gleichen Träger angeboten werden. Es hat wenig Sinn, daß bei Maßnahmen für einen Jugendlichen verschiedene Träger zum Zuge kommen. Uns liegt des-

halb daran, ganz konkret dafür zu sorgen, daß die Fördermaßnahmen vom gleichen Träger durchgeführt werden.

Insgesamt ist bei diesem Thema natürlich nicht nur die Politik gefordert, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern es ist auch die Bundesanstalt für Arbeit gefordert. Ich erwarte hier einen gewissen Gleichklang im Freistaat Bayern.

Wir haben im Bereich des Landesarbeitsamtes Südbayern eine bessere Situation als im nordbayerischen Bereich, wo die Situation wesentlich schlechter ist. Ich möchte, daß die Bundesanstalt für Arbeit dafür sorgt, daß wir flächendeckend halbwegs vergleichbare Maßstäbe erzielen.

Gefordert ist neben der Politik und der Bundesanstalt auch die Wirtschaft. Ich appelliere an dieser Stelle an die Kammern und die Verbände, ihrer Ausbildungsverantwortung gerecht zu werden. Das gilt meiner Meinung nach gerade auch für die größeren Betriebe, und ich appelliere in diesem Zusammenhang an unsere Großkonzerne, von denen ich in einer gesellschaftspolitisch und arbeitsmarktpolitisch schwierigen Zeit ein höheres Maß an Verantwortung erwarte, als wir es in der letzten Zeit erlebt haben. Das heißt, ich erwarte von den Managern, daß sie neben dem Blick auf die Aktien- und Dividendenkurse gelegentlich auch einmal in die Ausbildungsstatistik ihrer Betriebe schauen. Wenn dann Bundesanstalt für Arbeit, Politik und Wirtschaft an einem Strang ziehen, müßte es möglich sein, gerade für die lernschwachen und benachteiligten Jugendlichen Zeichen zu setzen. Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag.

Ich möchte nun noch kurz auf den Antrag der Kolleginnen und Kollegen von der SPD eingehen, die - das darf ich deutlich herausstellen - in dieser Zielrichtung sicherlich dasselbe wollen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn ich den Dringlichkeitsantrag Ihrer Fraktion betrachte, finde ich dort Dinge, die bereits erledigt sind.

(Zurufe von der SPD)

- Keine Frage, Frau Kollegin Münzel, aber ich halte nichts davon, Dinge in einem Antrag aufzulisten, die nicht hineingehören bzw. die sich sogar zum Teil widersprechen.

Wenn ich in Ihrem Antrag die Forderung lese, „ein umfassendes Gesamtprogramm für benachteiligte Jugendliche aufzulegen“, dann will ich jetzt nicht mit dem Modellversuch des Sozialministeriums argumentieren. Wir haben den Modellversuch „Kooperative Wege zur beruflichen und sozialen Integration benachteiligter Jugendlicher“. Aber das Schlagwort „Gesamtprogramm“ ist mir schlicht und einfach zu plakativ.

Wenn Sie fordern, „Förderklassen an Berufsschulen für lernschwächere Jugendliche einzurichten“, dann bitte ich Sie, gleichzeitig Vorschläge zu machen, wie die Finanzierung solcher Angebote aussehen soll. Es macht keinen Sinn, in der heutigen Zeit solche Forderungen aufzu-

stellen, gleichzeitig aber den Nachweis schuldig zu bleiben, wie das letztlich finanziert werden soll.

(Zurufe von der SPD)

Wenn Sie fordern, „Träger der berufsbezogenen Jugendhilfe und die Jugendämter in die Kooperation zwischen Arbeitsämtern und Schulen einzubeziehen“, dann sage ich, das ist bereits vorgesehen.

Ich meine, in Ihrem Antrag sind viele Dinge enthalten, die bereits realisiert sind. Die Forderung, „das Programm der Staatsregierung zur berufsbezogenen Jugendhilfe aufzustocken ... und langfristig zu einem gesicherten Landesprogramm auszubauen“, wird erfüllt durch die Entsperrung der Haushaltsmittel. Damit haben wir ein Zeichen gesetzt.

(Zurufe von der SPD)

- Frau Kollegin Radermacher, Sie haben doch gar nicht zugehört, dann brauchen Sie doch gar nicht dazwischenzurufen.

(Frau Radermacher (SPD): Wieso habe ich nicht zugehört?)

Es geht Ihnen ganz konkret um die Einführung zusätzlicher Schulsozialarbeit und um die Finanzierung von meist zusätzlichen Betreuungseinrichtungen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie bekommen keinen einzigen lernschwachen Jugendlichen in einen zusätzlichen Ausbildungsplatz, wenn Sie die Einrichtung von Beratungsstellen für arbeitslose Jugendliche fordern, die Betreuung, die Nachbetreuung oder die zusätzliche Betreuung. Das sind Schlagworte aus Ihrem Antrag: „Einrichtung von Beratungsstellen“, „Betreuung“ und „Nachbetreuung“ sowie „zusätzliche Betreuung“. Meine Damen und Herren, mit einer Betreuungsgesellschaft werden wir die Probleme benachteiligter Jugendlicher auf dem Arbeitsmarkt nicht lösen.

(Zurufe von der SPD)

Ich bitte deshalb um Ablehnung des Antrags der SPD und um Zustimmung zum CSU-Antrag.

(Beifall bei der CSU - Anhaltende Zurufe von der SPD)

**Erster Vizepräsident Hiersemann:** Das Wort hat nun Frau Kollegin Werner-Muggendorfer.

(Zuruf von der SPD: Jetzt sag's denen!)

**Frau Werner-Muggendorfer (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Pschierer, anfangs habe ich gedacht, ich könnte Ihnen einmal recht geben. Aber es war wieder nichts. Nun haben Sie wieder alles ausgeschüttet, was Sie vorher eingesammelt hatten.

(Walter Engelhardt (SPD): So einer ist das!)



Wenn Sie uns vorwerfen, wir plakatierten, dann frage ich Sie, wie Sie mit den Qualitätsstandards umgehen. Die müssen Sie dann genau definieren.

Ich will nun zunächst auf den CSU-Antrag eingehen. Nachdem Herr Fraktionsvorsitzender Glück - ich habe ihn schon lange nicht mehr gesehen -

(Dr. Weiß (CSU): Doch, er war gerade da!)

auf der Klausurtagung seiner Fraktion gesagt hatte, es würde ein Pakt für Schwächere geschlossen werden, hoffte ich, daß auch die benachteiligten Jugendlichen mit dabei sein würden. Aber was ist passiert? - Das BVJ wurde gekürzt; das war das erste. Dann dachte ich, wir hätten vielleicht bei der Änderung des EUG die Möglichkeit, das eine oder andere unterzubringen, wie beispielsweise die begleitende Schulsozialarbeit, ein für uns ganz besonders wichtiges Thema. Aber es wurde leider nur die eine Änderung im EUG verankert, daß man nämlich die Schülerinnen und Schüler aus der Berufsschule von der Berufsschulpflicht entbinden kann, man sie also aus der Schule werfen kann. Wenn das alles ist, was Ihnen zum Pakt für Schwächere einfällt, dann ist das doch sehr wenig.

(Beifall bei der SPD)

Sowohl die GRÜNEN als auch die SPD haben zu diesem Thema bereits einige Anträge formuliert, weil uns klar ist, daß man nur mit vollzeitschulischen Maßnahmen und unter entsprechender sozialpädagogischer Unterstützung eine wirkliche Hilfe anbieten kann. Ich nenne nur die Unterstützung von Werkstätten verschiedener Träger als eine Möglichkeit, diesen Jugendlichen zu helfen. Aber was macht CSU? - Sie stellt einen Antrag. Wunderbar! Worauf aber zielt dieser Antrag ab? - Er zielt nur auf andere ab, auf den Bund, auf die Bundesanstalt für Arbeit nach dem Motto: Hannemann, geh du voran. Herr Pschierer, ich glaube, Sie san a Schwob; dann ist Ihnen das sicherlich bekannt.

Ich verstehe das nicht: Auf der einen Seite wird die solide Haushaltsslage Bayerns immer gelobt, und auf der anderen Seite wird der Bund gefordert, und was der für eine desolate Haushaltsslage hat, brauche ich gar nicht anzusprechen. Und dann will also die CSU, die im Bund mit die Verantwortung trägt und auch für die Kürzungen beim AFG mit verantwortlich ist, die Bundesregierung respektive die Bundesanstalt für Arbeit auffordern, ihre Mittel aufzustocken bzw. die Mittel nicht einzuschränken.

Inhaltlich habe ich gegen diese Forderungen nichts, keine Frage, und wir werden diesem Antrag auch zustimmen, weil wir nicht genug tun können, um diesen Jugendlichen zu helfen und um sie von der Straße zu holen. Aber anstatt im eigenen Land für Ordnung zu sorgen bzw. die Weichen richtig zu stellen, schieben Sie die Verantwortung auf den Bund.

(Zurufe von der CSU)

Von Ihrer Seite sind nichts als Kürzungsvorschläge gekommen. Mehr ist Ihnen dazu bisher nicht eingefallen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt komme ich zu unserem Antrag, der genau die gegenläufige Richtung aufzeigt. Sie schieben die Verantwortung ab, und in unserem Antrag heißt es: „Die Staatsregierung wird aufgefordert, in ihrem Zuständigkeitsbereich umfassende Maßnahmen zu ergreifen

Im eigenen Zuständigkeitsbereich der Staatsregierung muß also etwas getan werden. Sie klagen immer - das erlebten wir jetzt wieder bei der Diskussion um den Euro -, daß die Entscheidungen in Bonn oder Brüssel getroffen werden, und jetzt, wo Sie die Möglichkeit hätten, Entscheidungen im eigenen Land zu treffen, wälzen Sie die Probleme auf den Bund ab. Das ist billig, und das geht gerade zu Lasten der Schwächsten, nämlich der benachteiligten Jugendlichen. Ich habe es schon erwähnt: BVJ-Kürzungen, Kürzungen bei der Bundesanstalt für Arbeit. In diese Richtung gehen Sie. Ich aber möchte für die betroffenen Jugendlichen wirkliche, echte Hilfe, und die sollte von Bayern ausgehen.

Wen meinen wir überhaupt? - Sie sollten einmal darüber nachdenken, wer mit unserem Antrag gemeint ist, wenn Sie argumentieren, wir bekämen dadurch keinen einzigen Ausbildungsplatz mehr. Es geht nach § 40c AFG um ausländische Auszubildende, um lembeeinträchtigte Auszubildende, um sozial benachteiligte Auszubildende, und es geht vor allen Dingen um Auszubildende, deren Ausbildung zu scheitern droht.

Und wer nicht gemeint ist, müssen wir vielleicht auch einmal sagen. Es ist nicht jeder Jugendliche gemeint, der keinen Ausbildungsplatz findet. Denn das ist nicht automatisch ein benachteiligter Jugendlicher.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Allerdings haben wir jetzt einen neuen Begriff, nämlich den „marktbenachteiligten Jugendlichen“, der insbesondere im Raum Nürnberg und Augsburg zu finden ist.

Ich möchte Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen, vor welchem Hintergrund wir unser Antragspaket - es ist ja ein Gesamtprogramm, wie Sie schon richtig festgestellt haben - eingebracht haben. Viele Hauptschülerinnen und Hauptschüler bleiben ohne Abschluß. Die letzten Zahlen, die mir zur Verfügung stehen, stammen aus dem Jahr 1992/93. Danach blieben immerhin fast 10 000 Schülerinnen und Schüler in Bayern ohne Abschluß.

Das ist nicht nur ein städtisches Problem. Es gibt Landkreise, in denen 10% der Schulabgänger ohne Abschluß sind. Hinzu kommen Abbrecherinnen und Abbrecher, also junge Leute, die vorzeitig Verhältnisse lösen - in Bayern 1995 17000. Wir wissen alle, daß die Beschäftigungsmöglichkeiten ohne berufliche Qualifikation immer weniger werden, und die Prognosen sehen nicht gerade rosig aus. Welche Rezepe gibt es? Die CSU sagt: Das sollen die anderen machen; die Bundesanstalt für Arbeit soll vorangehen. Ich glaube aber, daß wir in Bayern selbst vorangehen müßten, und vor allem das Bildungsministerium hätte für die betroffenen Jugendlichen dazusein und müßte Initiativen ergreifen.

Das einzige, was Ihnen von der CSU aber einfällt, sind spezielle Ausbildungsgänge für benachteiligte Jugendliche, wobei wir alle wissen, daß es von 370 Ausbildungsberufen immerhin schon 41 mit zweijährigem Abschluß gibt. Das sollte man nicht unbedingt anstreben; denn im Grunde genommen ist es sogar der falsche Weg. Jugendliche, die sich beim Lernen schwertun, brauchen mehr Zeit, um etwas zu kapiern. Folglich muß man ihnen mehr Zeit geben, um etwas zu lernen. Auch die Handwerkskammern und die Industrie- und Handelskammer bestätigen, daß die Verkürzung der Ausbildung kein Rezept ist. Vorstellbar sind allenfalls Teilqualifikationen; aber das würde zu weit führen.

(Walter Engelhardt (SPD): Ja, das finde ich auch! - Lachen des Abgeordneten Dr. Weiß (CSU))

Zur Dramatik der Situation: Es findet ein Verdrängungsprozeß statt. Die Abiturienten verdrängen die Realschüler, die Realschüler verdrängen die Hauptschüler, und die letzten in der Kette sind die sogenannten benachteiligten Jugendlichen. Unsere Vorschläge sind im Dringlichkeitsantrag nachzulesen.

(Lachen des Abgeordneten Pschierer (CSU))

Auch wenn Sie sich noch so sehr darüber lustig machen, Herr Pschierer: In unserem Dringlichkeitsantrag ist aufgelistet, was nötig ist, um die Jugendlichen in der schwierigen Zeit des Übergangs von der Schule in den Beruf zu unterstützen. Gerade dann brauchen Jugendliche Betreuung.

Wenn einem nichts mehr einfällt, kommt die Kasse, und deshalb haben wohl auch Sie gefragt: Wer soll das bezahlen? Dann kommt der Finanzminister und sagt: Es gibt nichts! Wenn Sie aber jetzt nicht die Mittel zur Verfügung stellen, um die Jugendlichen aufzufangen und ihnen eine Perspektive zu bieten, werden Sie die Mittel später für Drogenberatung, Drogenentzug und für Strafanstalten brauchen. Ich hoffe, daß auch Sie das nicht wollen. Ich will es jedenfalls nicht.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Hiersemann:** Als nächster Rednerin erteile ich Frau Abgeordneter Münzel das Wort.

**Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist schön, daß sich die CSU nun in einem Dringlichkeitsantrag um die benachteiligten Jugendlichen kümmern will. Doch tut sie dies nicht im ureigensten Wirkungsbereich, wo sie es könnte, nämlich hier in Bayern, sondern sie schiebt die Verantwortung auf den Bund ab. In Bayern tut die CSU sogar alles dafür, um die benachteiligten Jugendlichen noch weiter ins Abseits zu drängen. Diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen, Herr Pschierer. Denn im Land gäbe es so viele Möglichkeiten, benachteiligten Jugendlichen zu helfen, ohne eine andere Instanz einzuschalten. Obwohl sich in Bayern wirkungsvolle Maßnah-

men ergreifen ließen, weichen Sie aus, tun nichts, im Gegenteil: Sie bauen sogar Leistungen ab. Ich erinnere an das Berufsvorbereitungsjahr, das Sie im letzten Jahr so verstümmelt haben, daß von ihm fast gar nichts mehr übriggeblieben ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die ursprüngliche Idee war doch, benachteiligten Jugendlichen, die noch nicht berufs- und arbeitsreif sind, eine Möglichkeit zu bieten, ein Jahr an der Berufsschule zu verbringen, um die nötige Ausbildungsreife zu erreichen. Dafür wurde eine spezielle Konzeption mit einem hohen Anteil an fachpraktischem Unterricht erarbeitet, der exakt diesen Jugendlichen zugute kommt. Was haben Sie gemacht? Sie haben die Stundenzahl reduziert und den fachpraktischen Unterricht so zurückgedrängt, daß er fast nicht mehr stattfinden kann. Damit ist der eigentliche Sinn des Berufsvorbereitungsjahres vollkommen verlorengegangen; heute ist es kaum mehr in der Lage, nicht ausbildungsreife Jugendliche zu fördern. Mittlerweile wird es größtenteils nur noch als Warteschleife benutzt.

Im Zusammenhang mit dem BVJ sprechen Sie von Jugendlichen mit sozialpädagogischem Förderbedarf. Die schieben Sie in irgendwelche Maßnahmen ab, für die wollen Sie keine Verantwortung mehr übernehmen, für die soll die Bundesanstalt für Arbeit zuständig sein. Damit haben Sie eigenmächtig und aktiv etwas zum Abbau der Fördermaßnahmen für benachteiligten Jugendliche getan, und deshalb empfinde ich Ihren Dringlichkeitsantrag, so wichtig auch er sein mag, als scheinheilig.

Was haben Sie noch gemacht, was machen Sie nach dem neuen Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz mit problematischen Schülern an Berufsschulen? Sie schließen sie vom Berufsschulunterricht aus. Besonders kreide ich Ihnen an, daß Sie keine Alternativen für die Jugendlichen genannt haben und nicht einmal darüber diskutieren wollten. Im Bildungsausschuß waren Sie nicht, Herr Pschierer, denn das Thema hat offenbar für Sie mit Bildung nichts zu tun. Das scheint bei Ihnen nur die Wirtschaftspolitik oder die Mitglieder des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes anzugehen.

(Pschierer (CSU): Das ist auch eine Frage der Wirtschaft!)

- Aber nicht nur. Das ist auch in hohem Grade eine bildungspolitische Frage. Obwohl ich im Bildungsausschuß Alternativen für diese Jugendlichen genannt habe, ist niemand von Ihrer Seite auch nur mit einem einzigen Wort auf diese Alternativen eingegangen. Sie wurden nicht einmal diskutiert. Das fand ich einfach schändlich. Ich habe Verständnis dafür, wenn Lehrerinnen und Lehrer sich darüber beklagen, daß sie mit problematischen Schülerinnen und Schülern nichts anfangen können, weil sie den Unterricht kaputt machen. Unsere Verantwortung besteht aber darin, Alternativen aufzuzeigen, anstatt zu sagen: Wenn du uns nicht mehr paßt, stehst du morgen auf der Straße. Das paßt auch nicht zum Lamentieren über die Kriminalitätsstatistik von Jugendlichen.

Seit ich im Landtag bin, verweigern Sie Schulsozialarbeit - ständig und immer -, obwohl das eine Möglichkeit wäre, wie man mit benachteiligten Jugendlichen im Vorfeld der Hauptschule schon etwas Sinnvolles tun könnte, um ihnen zu helfen. Dabei könnte man von der klassischen Unterrichtssituation wegkommen und mit den Jugendlichen auch einmal etwas anderes machen. Mit einem einfachen Ja von Ihrer Seite könnte die gesamte Schule ein Stück weitergebracht werden.

Mit Blick auf die Anstellungssituation von Lehrerinnen und Lehrern übernehmen Sie nicht alle Förderlehrerinnen und -lehrer. Dabei handelt es sich um den Personenkreis, den man früher als pädagogische Assistentinnen und Assistenten bezeichnet hat. Diese Lehrkräfte konnten individuell fördern und bei großen Klassen einmal die sehr guten, dann die guten, die mittleren, die schwachen und die nichtdeutschen besonders betreuen. Auch ein Wechsel von muttersprachlichem und Deutschunterricht war möglich, und mit einer Förderlehrerin oder einem Förderlehrer konnte man die eine oder andere problematische Situation in den Griff kriegen. Benachteiligte Schülerinnen und Schüler konnten aufgefangen werden. Sie dagegen tun alles, um benachteiligte Jugendliche noch stärker an den Rand zu drängen.

Nun zu Ihrem Dringlichkeitsantrag. Richtig ist, daß auch der Bund in der Verantwortung steht. Trotzdem sollten wir zunächst darauf schauen, was wir in Bayern machen können. Die Kürzung der Gelder für die Lehrgänge zur Förderung der Berufs- und Arbeitsreife bei behinderten Jugendlichen haben Sie zu Recht aufgegriffen. Dafür gibt es 50 Millionen DM in diesem Jahr weniger; betroffen sind 60 Lehrgänge. Das führt zu ganz schwierigen Situationen, zum Beispiel in meinem Landkreis in Kloster Himmeltal, wo viele Jugendliche im Internat untergebracht werden müssen, weil sie zu Hause nicht leben können. Betroffen sind also auch Jugendliche, die in ganz schwierigen Situationen stecken.

Sie haben in Ihrer Rede gesagt: Der Erhalt muß gesichert werden. Ich möchte sagen: Das reicht eigentlich nicht. Die 50 Millionen DM müssen mindestens wieder draufgesattelt werden. Angesichts der Tatsache, daß die Anzahl der Schüler und Schülerinnen in den Förderschulen steigt, brauchen wir dafür sogar noch mehr Geld.

Wir stimmen Ihrem Antrag zu. Allerdings bedauere ich es äußerst, daß Sie in Ihrem eigenen Wirkungsbereich nicht so konsequent sind, dem zuzustimmen, was die SPD vorschlägt.

(Pschierer (CSU): Mit dem Beschäftigungspakt haben wir viel getan!)

- Ich kann darauf jetzt nicht mehr eingehen. Ihr Fraktionsvorsitzender legt Wert darauf, daß noch der nächste Tagesordnungspunkt aufgerufen wird. Deswegen mache ich jetzt Schluß.

**Erster Vizepräsident Hiersemann:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 13/8484 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 70. Der federführende Ausschuß für Wirtschaft, Verkehr und Grenzland empfiehlt die unveränderte Annahme. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und Herr Abgeordneter Kurz. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Einstimmig so beschlossen.

Jetzt lasse ich über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 13/8490 abstimmen. Das ist der Tagesordnungspunkt 71. Der federführende Ausschuß für Wirtschaft, Verkehr und Grenzland empfiehlt Ablehnung des Dringlichkeitsantrags. Wer dagegen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Herr Abgeordneter Kurz. Gegenstimmen? - Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 18 - Drucksache 13/7430 - wie folgt bekannt: Mit Ja stimmten 12, mit Nein 150 Mitglieder des Hohen Hauses. 2 haben sich enthalten. Der Gesetzentwurf ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage)

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

#### **Tagesordnungspunkt 75**

**Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gantzer und anderer (SPD)**

**Gesetzentwurf zur Regelung Privater Sicherheitsdienste (Drucksache 13/7729)**

#### **Tagesordnungspunkt 76**

**Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gantzer und anderer (SPD)**

**Private Sicherheitsdienste; Übernahme und Vollzug der Eurorichtlinie 9001 (Drucksache 13/7879)**

Die Fraktion der CSU hat beantragt, die Listenummer 15 der Anlage zur Tagesordnung in die Beratung mit einzubeziehen:

**Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Dr. Weiß, Hölzl und anderer (CSU)**

**Sicherung der Zuverlässigkeit und Sachkunde im Bewachungsgewerbe (Drucksache 13/6802)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Das Wort hat Herr Kollege Prof. Dr. Gantzer.

**Prof. Dr. Gantzer (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben auf Drucksache 13/7729 den Antrag gestellt, einen Gesetzentwurf zur Regelung privater Sicherheitsdienste zu erarbeiten und hier im Landtag

verabschieden zu lassen. In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit will ich nur auf die beiden grundsätzlichen Dinge eingehen.

Bei der Beratung hat sich herausgestellt, daß unser Antrag bei der CSU-Fraktion eigentlich nicht auf die Empfindlichkeit getroffen ist, deren es eigentlich bedurft hätte, um das Problem der richtigen Lösung, und zwar auf gesetzlichem Wege, zuzuführen. Im Grunde steckt die gesamte Problematik der Sicherheitsdienste im letzten Punkt unseres Antrags. Es sieht so aus, als ob das ein unwichtiger Punkt wäre. Wir fordern darin, daß die Rechts- und Fachaufsicht für die privaten Sicherheitsdienste nicht mehr durch das Staatsministerium für Wirtschaft, sondern durch das Staatsministerium des Innern wahrgenommen wird. Und in dieser Aufgabenänderung bei der Rechtsaufsicht über die privaten Sicherheitsdienste steckt des Pudels Kern.

Die Frage ist: Wie ordnen wir die privaten Sicherheitsdienste ein? Sind sie eher Unternehmen der freien Marktwirtschaft und deswegen fach- und dienstaufsichtsrechtlich bei den Wirtschaftsministerien angesiedelt? Oder sind sie eher Unternehmen der inneren Sicherheit, und handelt es sich deshalb um eine Frage des staatlichen Gewaltmonopols?

Wir vertreten die Ansicht, daß private Sicherheitsdienste, denen Nothilfe auf der Grundlage der Jedermannsrechte gestattet ist, im Bereich der inneren Sicherheit tätig werden und deswegen nicht nur der Dienstaufsicht durch das Innenministerium bedürfen, sondern daß es eines Gesetzes bedarf, um diese Problematik zu regeln. Wir haben - das ist Merkmal des Rechtsstaats - den Grundsatz des Gewaltmonopols des Staates. Wenn ich sehe, was private Sicherheitsdienste heute alles machen, und sehe, daß sie es professionell machen, indem sie professionelle Nothilfe leisten, dann muß ich sagen: Das ist so nahe bei der Polizei, daß es Gemengelagen gibt, daß es Grauzonen gibt.

Es kommt noch eines hinzu. Das private Bewachungsgewerbe ist auch im öffentlichen Verkehrsraum tätig, zum Beispiel bei der U-Bahn in München, aber auch in anderen öffentlichen Einrichtungen. Es ist ebenfalls in den sogenannten halböffentlichen Räumen tätig. Ich nenne als Beispiel Einkaufszentren oder Einkaufsstraßen, die von großen Einkaufszentren gebaut worden sind. Diese Einkaufsstraßen liegen zwar innerhalb von Einkaufszentren, sind aber keine öffentlichen Straßen, sondern Privatstraßen. Auch da sind die privaten Sicherheitsunternehmen tätig. Sie haben dafür einen klaren Auftrag. Er lautet: Sozialschrott raus! Also: Alles, was nicht genug Geld in der Tasche hat, um in diesen nichtöffentlichen Geh- und Bewegungsanlagen einzukaufen, also Leute, die den Ladenbesitzern mißlieblich sind, werden dort gnadenlos entfernt und herausgeschmissen.

Ich meine, daran müssen wir die gesamte Problematik festmachen. Deswegen plädieren wir dafür, daß ein Gesetz die Dienste, die Aufgaben, die Betätigungsfelder und die Einstellung von Personal regelt. Wir sind dafür, daß es ein Gesetz über private Sicherheitsdienste gibt. Die betreffenden Unternehmen sind zwar in der freien Marktwirtschaft tätig, aber ihr Tätigkeitsfeld liegt im

Bereich der inneren Sicherheit. Deswegen können die Verhältnisse nur durch ein Gesetz geregelt werden.

Ich bedauere es sehr, daß die CSU unserem Antrag nicht gefolgt ist.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Hiersemann:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Hölzl.

**Hölzl (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon gesagt worden: Es geht um die privaten Sicherheitsdienste. Diese leisten natürlich eine professionelle Arbeit, Herr Prof. Dr. Gantzer; das haben Sie uns im Ausschuß eindrucksvoll dargestellt. Dies ist unstrittig. Die Dienste haben ein polizeiähnliches Erscheinungsbild. Das wollen sie auch, und zwar in der Kleidung und im Auftreten. Die privaten Sicherheitsdienste haben in ihrer privaten Vertragsgestaltung bei der Übernahme gewisser Aufträge ihre Definition von Aufgabenstellungen so vorgenommen, als wären es hoheitliche Aufgaben. Die Dienste haben auch ein gewisses Elitebewußtsein. Das alles ist unstrittig.

Unstrittig ist aber auch: Die Unternehmen machen das mit dem Ziel, Gewinn zu erzielen. Sie selbst sind für die Auswahl ihres Personals und seine Ausbildung zuständig. Dies alles verdeutlicht, daß es sich um ein Gewerbe handelt, das gewisse Aufgaben im Auftrag Privater und auf der Basis privaten Rechts ausübt.

Deswegen betone ich noch einmal: Diese Unternehmungen erfüllen keine öffentlichen Aufgaben. Sie haben keine hoheitlichen Befugnisse. Sie sind nicht ermächtigt, Rechtseingriffe auf der Grundlage einer öffentlich-rechtlichen Befugnisnorm vorzunehmen. Sie können immer nur auf der Basis des Zivilrechts, des Jedermannsrechts, der Freiwilligkeit ihre Aufgaben erfüllen. Deswegen sind es keine Sicherheitsunternehmen, die in irgendeiner Art polizeiähnlich oder mit der Polizei vergleichbar ihre Aufgabe erfüllen oder ihren Dienst verrichten. Es sind eindeutige Gewerbeunternehmen mit privaten Geschäftsinteressen. Das Monopol für die innere Sicherheit liegt und bleibt beim Staat, bei der Polizei.

Die Beurteilung der privaten Sicherheitsdienste kann man auch nicht an der Fachaufsicht festmachen. Denn es ist ebenfalls eindeutig: Die Fachaufsicht über die Polizei, über das hoheitliche Handeln und über die öffentlich-rechtlichen Maßnahmenträger liegt jeweils beim Innenressort. Für Gewerbeunternehmen liegt die Fachaufsicht logischerweise beim Wirtschaftsministerium. Dabei soll es bleiben.

Daß dies zulässig ist, wissen Sie. Das Bundesverwaltungsgericht hat dazu in einem Urteil Stellung genommen und gesagt: Der Staat muß nicht jede Aufgabe durch eigenes Personal ausführen, sondern sie kann Teilaufgaben auch privatem Personal und privaten Unternehmungen übertragen. Aber - und darum geht es - es sind vom Staat die Gewährleistung, die Kontrollverantwortung und die innere Ordnung dieser Unternehmen

zu regeln. Deswegen wollen wir den § 34 a der Gewerbeordnung novellieren.

Wir wollen erreichen, daß mit der Änderung des § 34 a - das steht in dem CSU-Antrag, der heute zur Diskussion steht - eine verschärfte Überprüfung der Zuverlässigkeit und Sachkunde sowie eine verbesserte Ausbildung der in Sicherheitsunternehmen Tätigen eingeführt wird. Wir wollen, daß künftig eine unbeschränkte Auskunft beim Bundeszentralregister eingeholt werden kann und nicht das Führungszeugnis ausreicht. Wir wollen eine periodische Wiederholung der Zuverlässigkeitsprüfung. Außerdem wollen wir bei Waffenträgern erhöhte Anforderungen sowohl in der Theorie als auch in der Praxis. Abgeschlossen werden soll die Ausbildung mit einer Prüfung, um sicherzustellen, daß ein Risiko für die Bevölkerung weitestgehend ausgeschlossen wird.

Herr Kollege Dr. Gantzer, niemand anderes als der Geschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen hätte zu dem Anliegen, das Sie vortragen, profunder Stellung nehmen können. In einem Schreiben vom 9. Juli 1997 - also erst fünf Tage alt - äußert er seine Meinung. Ich zitiere nur wenige Auszüge. Beispielsweise schreibt er auf Seite 4 nach Schilderung der Rechtsgrundlagen, nämlich der privaten Rechte dieser Unternehmen:

Diese Rechtsgrundlagen sind für diese Aufgabenbereiche zweifelsfrei und ausreichend. Weitere Regelungen werden nicht als erforderlich angesehen.

Auf Seite 7 schreibt er zu Kommunikation und Kooperation:

Es ist notwendig, die unterschiedlichen Rechtspositionen von Sicherheitsbehörden und privaten Sicherheitsdiensten zur Wahrung der gebotenen normativen Distanz beizubehalten.

Abschließend schreibt er auf Seite 8 seines Briefes:

Der BDWS

- also sein Verband -

hat die aufgezeigten Initiativen sorgfältig geprüft und erkennt keine Notwendigkeit zu einer umfassenden gesetzlichen Neuregelung des Gewerbes.

Herr Dr. Gantzer, ich nehme den Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen, Herrn Ollschock, als Kronzeugen für das, was wir für richtig halten. Mit unserer Meinung befinden wir uns im Bundesgebiet nicht allein.

Ein kurzes Wort zu einem Antrag, der mit aufgerufen ist. Sie wollen die Übernahme der Eurorichtlinie 9001 für die Sicherheitsdienste und verlangen, daß öffentliche Auftraggeber nur noch solchen Unternehmen Aufträge erteilen, die dieses Zertifikat haben. Damit Sie draußen im Lande nicht unnötig Stimmung machen können, möchte ich verlesen, was die Deutsche Industrienorm, die ich Ihnen gern übergebe, aussagt:

In den Normen zum Qualitätsmanagement sind keine Forderungen an Produkte festgelegt. Die Erfüllung der Forderungen zur Qualitätssicherung in den Normen DIN ISO 9001, 9002, 9003 soll, wie oben erläutert, soll Vertrauen in die Fähigkeit der Organisation bzw. des Lieferanten bilden. Die Einhaltung der Normen zum Qualitätsmanagement ist deshalb kein direkter Nachweis für die Erfüllung der Qualitätsforderungen durch das angebotene Produkt.

Das heißt, diejenigen, die auf freiwilliger Basis die Normen erfüllen und sich das Zertifikat ausstellen lassen wollen - in der Regel zu einem horrenden Preis -, können dies tun. Aber wir lassen es nicht zu, daß gerade kleine und mittelständische Unternehmen, die in diesem Metier qualitativ hervorragende Arbeit leisten, dadurch ausgeschlossen werden, daß sie das Zertifikat zur Absicherung ihres Qualitätsanspruchs brauchen, es sich aber nicht leisten können.

Ich denke, weitere Details brauche ich nicht noch einmal vorzutragen. Ich darf abschließend feststellen: Betrachten wir die Diskussion um die privaten Sicherheitsdienste und Ihre Forderung zum Erlass eines Landesgesetzes für dieses Gewerbe, dann erkennen wir, daß die SPD wieder einmal - wie so oft - lauthals Forderungen im Bundesgebiet und in Bayern erhebt, aber in den Bundesländern, in denen sie selbst an der Regierung ist, nicht auf die Idee kommt, ein derartiges Gesetz zu erlassen. Kein einziges Bundesland hat ein derartiges Spezialgesetz auf den Weg gebracht. Wir lehnen eine solche Normierung aus guten Gründen für Bayern ab. Ich bitte darum, den vorgetragenen Antrag der CSU zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Hiersemann:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Fleischer.

**Dr. Fleischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit will ich nur einige wenige Dinge zu den vorliegenden drei Anträgen sagen.

Es ist positiv, daß die CSU-Fraktion - inzwischen auch durch die Aktivitäten der GRÜNEN aufgeschreckt - einen eigenen Antrag vorlegt, um Zuverlässigkeit und Sachkunde im Bewachungsgewerbe zu verbessern. In dem Antrag sind einige Ansätze enthalten, die objektiv sicher sinnvoll sind. Deswegen werden wir diesen Antrag unterstützen.

Ich möchte dazu allerdings ausführen, daß wir in der Zwischenzeit am Scheideweg stehen. Die Privatisierung der Sicherheit ist ein Problem. Die Gewährleistung der Sicherheit wird - weg von der Polizei - immer mehr in den privaten Bereich verlagert. Wir sind dabei, ein Sicherheitssystem mit zwei Klassen aufzubauen. Ich meine, gerade hier muß der Rechtsstaat Flagge zeigen. Dies kann nicht unwidersprochen geschehen, und zwar insbesondere nicht unter dem Aspekt, daß die zivilen Sicherheitsdienste viele Unzulänglichkeiten aufweisen.

Wir haben auf einige Probleme hingewiesen, zum Beispiel auf die Privilegierung, daß die privaten Sicherheitsdienste einen sogenannten Sammelwaffenschein ausstellen lassen können. Die Zuverlässigkeit ist dabei nicht so gut zu überprüfen wie bei einem individuellen Waffenschein.

Wir haben die Possen im Englischen Garten erlebt, als sich der eine Sicherheitsdienstler hat entwaffnen lassen und der andere um Hilfe geschossen hat. Man denke auch an die Übergriffe von Ordnern auf dem Nockherberg, die dringend gestoppt werden müssen.

Folglich ist der Antrag der Sozialdemokraten, die Frage der privaten Sicherheitsdienste endlich auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen, sicher sinnvoll und zielführend. Nach der Beratung im Ausschuß ist aber klar, daß die CSU überhaupt nicht daran denkt, sich in diesem Bereich zu bewegen.

Wir halten ein Gesetz jedoch für absolut notwendig, auch unter dem Aspekt des Datenschutzes. Wir kennen die Monita des Datenschutzbeauftragten, was bei den Dateien der Polizei zu verbessern ist. Damit haben wir schon genug zu tun. Man stelle sich einmal vor, wie die Regelungsmöglichkeiten aussähen bei einem Datenfluß zwischen Polizei und Sicherheitsdiensten, zwischen Bürgern und Sicherheitsdiensten und zwischen den Sicherheitsdiensten untereinander. Hier gibt es erhebliche Regelungsdefizite. Deswegen ist gerade der Antrag,

hierzu eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, außerordentlich wichtig. Wir unterstützen folgerichtig den Vorschlag eines Gesetzentwurfs der SPD-Fraktion.

Die Ausführungen zur Eurorichtlinie im Ausschuß konnten unsere Fraktion nicht überzeugen. Ich will aufgrund der fortgeschrittenen Zeit keine Details ansprechen. Ich sage nur so viel: Wir werden an diesem Thema dranbleiben.

Der Anachronismus, daß die Fachaufsicht über die zivilen Sicherheitsdienste beim Wirtschaftsministerium liegt, ist eine Posse. Die Aufsicht gehört schnellstens in den Bereich des Innenministeriums überführt. Dieser erhebliche Mangel ist schnellstens zu beheben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Hiersemann:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Eigentlich kämen wir jetzt zur Abstimmung. Zur Abstimmung können wir aber nicht kommen, weil es bereits nach 18 Uhr ist. Die Abstimmung findet morgen im Anschluß an die Fragestunde statt.

Ich schließe die Sitzung und wünsche einen schönen Abend.

(Schluß: 18.09 Uhr)

# Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 18: Gesetzentwurf der Abg. Münzel, Dr. Fleischer, Schammann u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Kennzeichnung gentechnisch nicht veränderter Lebensmittel aus Bayern - Zweite Lesung - (Drucksache 13/7430)

Name	Ja	Nein	Enthalt e mich
<b>Ach</b> Manfred		X	
<b>Aigner</b> Ilse		X	
Dr. <b>Baumann</b> Dorle			
<b>Bayerstorfer</b> Martin		X	
<b>Beck</b> Adolf		X	
Dr. <b>Beckstein</b> Günther			
<b>Berg</b> Irmilind		X	
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar		X	
<b>Biedefeld</b> Susann		X	
<b>Blöchl</b> Josef		X	
<b>Bocklet</b> Reinhold			
<b>Böhm</b> Johann			
<b>Brandl</b> Max		X	
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter		X	
<b>Brosch</b> Franz		X	
<b>Brunner</b> Helmut		X	
<b>Christ</b> Manfred		X	
<b>Coqui</b> Helmuth		X	
<b>Deml</b> Marianne		X	
<b>Dingreiter</b> Adolf		X	
<b>Dodell</b> Renate		X	
<b>Donhauser</b> Heinz		X	
<b>Eckstein</b> Kurt		X	
<b>Egleder</b> Udo		X	
<b>Engelhardt</b> Walter		X	
<b>Eppeneder</b> Josef		X	
<b>Ettengruber</b> Herbert		X	
Dr. <b>Eykman</b> Walter		X	
Dr. <b>Fickler</b> Ingrid		X	
<b>Fischer</b> Anneliese		X	
<b>Fischer</b> Herbert		X	
Dr. <b>Fleischer</b> Manfred	X		
<b>Franz</b> Herbert		X	
<b>Franzke</b> Dietmar		X	
<b>Freller</b> Karl		X	
<b>Gabsteiger</b> Günter		X	
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul		X	
<b>Gartzke</b> Wolfgang		X	
Dr. <b>Gauweiler</b> Peter			
<b>Glück</b> Alois		X	
Dr. <b>Glück</b> Gebhard			
<b>Göppel</b> Josef		X	
<b>Goertz</b> Christine		X	
Dr. <b>Götz</b> Franz			
Dr. <b>Goppel</b> Thomas		X	
<b>Grabmair</b> Eleonore		X	

Name	Ja	Nein	Enthalt e mich
<b>Grabner</b> Georg		X	
Dr. <b>Gröber</b> Klaus		X	
<b>Grossmann</b> Walter		X	
<b>Güller</b> Harald		X	
<b>Haas</b> Gerda-Maria			
Dr. <b>Hahnzog</b> Klaus		X	
<b>Harrer</b> Christa		X	
<b>Hartenstein</b> Volker	X		
<b>Hausmann</b> Heinz			
<b>Hecht</b> Inge			X
<b>Heckel</b> Dieter		X	
<b>Hecker</b> Annemarie		X	
<b>Heike</b> Jürgen		X	
<b>Heinrich</b> Horst			
<b>Herrmann</b> Joachim		X	
<b>Hiersemann</b> Karl-Heinz		X	
<b>Hirschmann</b> Anne		X	
<b>Hoderlein</b> Wolfgang		X	
<b>Hözl</b> Manfred		X	
<b>Hofmann</b> Walter		X	
<b>Hohlmeier</b> Monika		X	
<b>Huber</b> Erwin		X	
<b>Hufe</b> Peter		X	
<b>Ihle</b> Franz		X	
<b>Irlinger</b> Eberhard			
<b>Jetz</b> Stefan		X	
Dr. <b>Jung</b> Thomas		X	
Dr. <b>Kaiser</b> Heinz		X	
<b>Kamm</b> Raimund	X		
<b>Kaul</b> Henning			
<b>Kellner</b> Emma			
Dr. <b>Kempfler</b> Herbert		X	
<b>Kiesel</b> Robert		X	
<b>Klinger</b> Rudolf			
<b>Knauer</b> Christian		X	
<b>Knauer</b> Walter			
<b>Kobler</b> Konrad		X	
<b>Köhler</b> Elisabeth	X		
Dr. <b>Köhler</b> Heinz			
<b>Kolo</b> Hans		X	
<b>Kränzle</b> Bernd		X	
<b>Kreidl</b> Jakob		X	
<b>Kreuzer</b> Thomas		X	
<b>Kronawitter</b> Georg		X	
<b>Kuchenbaur</b> Sebastian		X	
<b>Kupka</b> Engelbert		X	
<b>Kurz</b> Peter			X
Dr. h.c. <b>Lang</b> August Richard			

Name	Ja	Nein	Enthalt e mich
<b>Leeb</b> Hermann			
<b>Lehmann</b> Gudrun	X		
<b>Leichtle</b> Wilhelm			
<b>Lochner-Fischer</b> Monica		X	
<b>Lode</b> Arnulf		X	
<b>Lödermann</b> Theresa	X		
<b>Loew</b> Hans Werner		X	
<b>Loscher-Frühwald</b> Friedrich		X	
<b>Lück</b> Heidi		X	
<b>Dr. Magerl</b> Christian	X		
<b>Maget</b> Franz		X	
<b>Dr. Maier</b> Christoph		X	
<b>Dr. Matschl</b> Gustav		X	
<b>Maurer</b> Hans			
<b>Mehrlich</b> Heinz		X	
<b>Memmel</b> Hermann			
<b>Dr. Merkl</b> Gerhard		X	
<b>Dr. h.c. Meyer</b> Albert			
<b>Meyer</b> Franz		X	
<b>Michl</b> Ernst		X	
<b>Miller</b> Josef		X	
<b>Mirbeth</b> Herbert		X	
<b>Möstl</b> Fritz		X	
<b>Dr. Müller</b> Helmut		X	
<b>Müller</b> Herbert			
<b>Müller</b> Willi		X	
<b>Münzel</b> Petra	X		
<b>Naaß</b> Christa		X	
<b>Nadler</b> Walter		X	
<b>Nätscher</b> Karl-Heinz		X	
<b>Narnhammer</b> Barbara		X	
<b>Nentwig</b> Armin			
<b>Neumeier</b> Johann		X	
<b>Niedermeier</b> Hermann		X	
<b>Odenbach</b> Friedrich		X	
<b>Peterke</b> Rudolf		X	
<b>Peters</b> Gudrun		X	
<b>Pschierer</b> Franz		X	
<b>Radermacher</b> Karin		X	
<b>Ranner</b> Sepp		X	
Freiherr von <b>Redwitz</b> Eugen		X	
<b>Regensburger</b> Hermann			
<b>Reisinger</b> Alfred		X	
<b>Rieger</b> Sophie	X		
<b>Riess</b> Roswitha		X	
<b>Ritter</b> Ludwig			
<b>Dr. Ritzer</b> Helmut			
<b>Rotter</b> Eberhard		X	
<b>Rubebauer</b> Herbert		X	
<b>Rudrof</b> Heinrich		X	
<b>Dr. Runge</b> Martin	X		
<b>Sackmann</b> Markus		X	
<b>Sauter</b> Alfred		X	
<b>Dr. Schade</b> Jürgen		X	
<b>Schammann</b> Johann	X		

Name	Ja	Nein	Enthalt e mich
<b>Schieder</b> Marianne			
<b>Schieder</b> Werner			
<b>Schindler</b> Franz		X	
<b>Schläger</b> Albrecht			
<b>Dr. Schmid</b> Albert			
<b>Schmid</b> Albert		X	
<b>Schmid</b> Berta		X	
<b>Schmid</b> Georg		X	
<b>Schmidt</b> Renate		X	
<b>Schmidt-Sibeth</b> Waltraud		X	
<b>Schmitt</b> Hilmar			
<b>Schneider</b> Erwin		X	
<b>Schneider</b> Siegfried		X	
<b>Schösser</b> Fritz			
<b>Dr. Scholz</b> Manfred		X	
<b>Schopper</b> Theresia	X		
<b>Schreck</b> Helmut		X	
<b>Dr. Schuhmann</b> Manfred			
<b>Schultz</b> Heiko		X	
<b>Schweder</b> Christl		X	
<b>Schweiger</b> Rita		X	
<b>Dr. Simon</b> Helmut		X	
<b>Sinner</b> Eberhard			
<b>Söder</b> Markus		X	
<b>Dr. Spänle</b> Ludwig		X	
<b>Spitzner</b> Hans			
<b>Stamm</b> Barbara		X	
<b>Starzmann</b> Gustav		X	
<b>Stegmiller</b> Ekkehart		X	
<b>Steiger</b> Christa		X	
<b>Stewens</b> Christa		X	
<b>Prof. Dr. Stockinger</b> Hans Gerhard		X	
<b>Dr. Stoiber</b> Edmund			
<b>Straßer</b> Johannes .		X	
<b>Strehle</b> Max		X	
<b>Sturm</b> Irene Maria	X		
<b>Thätter</b> Blasius		X	
<b>Traublinger</b> Heinrich		X	
von <b>Truchseß</b> Ruth		X	
<b>Unterländer</b> Joachim		X	
<b>Voget</b> Anne		X	
<b>Vollkommer</b> Philipp		X	
<b>Wahnschaffe</b> Joachim		X	
<b>Wallner</b> Hans		X	
<b>Dr. Weiß</b> Manfred		X	
<b>Weinhofer</b> Peter		X	
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna		X	
<b>Dr. Wiesheu</b> Otto			
<b>Dr. Wilhelm</b> Paul		X	
<b>Winter</b> Georg			
<b>Zehetmair</b> Hans		X	
<b>Zeitler</b> Otto			
<b>Zeller</b> Alfons			
<b>Zengerle</b> Josef		X	
<b>Dr. Zimmermann</b> Thomas		X	
<b>Gesamtsumme</b>	12	150	2